Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 152 — Gelsenkirchen, Donnerstag, den 3. Juli 1930 — 12. Jahrgang

Kürzt die hohen Pensionen!

Erkennt die Rentenansprüche der Kriegsopfer an

Berlin, 2. Juli 1930 (Eig. Drahtberecht.)

Der Reichstag trat nach Erledigung der Fememörder-Amnestie in die Beratung des Haushaltes für Versorgung und Ruhegehälter ein.

Abg. Roßmann (Soz.)

wandte sich entschieden und mit reichem Material gegen die unrichtigen Schreibereien in der bürgerlichen Presse. Die Zahl der Kriegsbeschädigten sei allerdings seit dem vorigen Jahre von 720 000 auf 840 000 gestiegen. Daraus schließen die Herren vom „Berliner Tageblatt" auf eine Futterkrippenwirtschaft ähnlich wie bei der Arbeitslosenversicherung. Solche journalistischen Erzeugnisse müßten aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Die Versorgungskosten für die Opfer des Weltkrieges würden Deutschland unter allen Umständen noch mehrere Jahrzehnte drücken, ständen doch für die Kriegsopfer aus den Jahren 1870 71 noch 12 Millionen Mark im Versorgungsetat. Es gebe keine Land, außer Rußland, daß die Zahl der versorgten Kriegsopfer so eingeschränkt hat, wie Deutschland.

Man müßte bei der neuen Steigerung auch berücksichtigen, daß in der Inflation die Zahl der Versorgungsberechtigten von 1 580 000 auf 840 000 gesunken sei, die man mit Hilfe ganz wertloser einmaliger Papiergeldabfindung aus der Versorgung hinausgebracht haben. Roßmann wandte sich ferner gegen den Versuch, weitere Rentenansprüche nicht anzuerkennen, die die Stegerwaldsche Novelle vorsieht. Er wies darauf hin, das jetzt schon nur 10 bis 15 Prozent der neu eingereichten Anträge auf Kriegsversorgung genehmigt werden.

Wenn die Regierungsparteien an Pensionen kürzen wollten, so sollen sie nicht bei den kleinen Kriegsrenten anfangen, sondern dem sozialdemokratischen Kürzungsgesetz gegen die Großpensionäre zustimmen.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Reitze nahm sich der Kriegerwitwen an, die zum Teile eine Aufbesserung von ganzen 15 Pfennig monatlich erhalten hätten. Das monatliche Einkommen der Kriegerwitwen betrage in Ortsklasse A 73 bis 81 RM., in Ortsklasse B 37,50 RM., wozu noch eine Zusatzrente von 34 RM. kommen könne. Sie ersuchte das Arbeitsministerium um Aufbesserung der Renten.

Weiterberatung am Donnerstag.

Fememörder-Amnestie

Von der Rechten und den Kommunisten im Reichstag durchgesetzt

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die parlamentarische Bühne bietet manchmal Abwechselung. Ein Schauspiel, wie es am Mittwoch im Reichstag vor der Annahme des Amnestiegesetzes aufgeführt wurde, gehört aber doch zu den größten Seltenheiten und Sensationen.

Auf der Tagesordnung stand die dritte Beratung des von den deutschnationalen Abgeordneten Everling und Oberfohren eingebrachten Gesetzentwurfes für die Befreiungsamnestie. Wie schon die Namen dieser Ultrarechten zeigen, wünschen sie die Freilassung der politischen und nationalsozialistischen Gegenrevolutionäre. Zur Annahme des Gesetzentwurfes bedurfte es der verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit. Da die Sozialdemokraten selbstverständlich gegen eine Amnestierung stimmen mußten, die allein oder vorwiegend den Todfeinden der Republik von rechts zugute kommt, war die Annahme des Gesetzes nur mit den Stimmen der Kommunisten zu erreichen. Man müßte annehmen, daß die Kommunisten gegen diese Amnestie stimmen würden, hatte doch ihr Redner Pieck bei der zweiten Lesung den deutschnationalen Gesetzentwurf mit vollem Recht als eine Ausgeburt reaktionärer Phantasie bekämpft.

Die Aussprache war nur kurz. Der christlich-nationale Abgeordnete Lindeiner-Wildau hielt eine sentimentale Verteidigungsrede für die jungen Leute, die in den Revolutionswirren ohne Untersuchung und ohne Richterspruch angebliche Verräter niedergemetzelt haben.

Der Reichsjustizminister Dr. Bredt gab eine Erklärung ab, die sich später als mit den Kommunisten vereinbart herausstellte. Er sagte nämlich zu, der Reichsanwalt solle angeregt werden, auf Antrag gegen literarischen Hochverrat schon jetzt im Rahmen des geltenden Rechtes eine Anpassung an den Rechtszustand im kommenden neuen Strafgesetzbuch anzustreben. Die Sozialdemokraten mußten dieser Erklärung zustimmen, sind doch die milderen Bestimmungen im neuen Strafrecht auf ihren Antrag zurückzuführen. Die Kommunisten dagegen, die sich jetzt durch diese Ministererklärung ködern ließen, haben stets die entsprechenden sozialdemokratischen Anträge als eine Verschärfung der Hochverratsbestimmungen bekämpft.

Kurz vor der Abstimmung gab der Kommunist Torgler eine donnernde Erklärung ab. Man horchte auf. Ein Trommelfeuer von Schimpfworten richtete sich nicht gegen die Fememamnestie und nicht gegen deren politische Urheber, sondern in wilden Worten keifte er gegen die Sozialdemokratie, die durchaus die bestialischen Fememörder nicht wieder auf die Arbeiter loslassen will. Plötzlich wurde die Absicht Torglers offenbar. Seine ganze Erklärung sollte nur den plötzlichen und jämmerlichen Umfall der Kommunisten maskieren. Hochrot vor Verlegenheit und deshalb mit um so lauterer Stimme verkündete der kommunistische Führer, daß die nach ihren Worten weltrevolutionäre kommunistische Partei das Gesetz mit der Befreiung der Fememörder annimmt.

Die KPD. hat sich also den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und der Bürgerblockregierung glatt verkauft, in der unsicheren Hoffnung, daß auch einige kommunistische Gefangene begnadigt werden. Ob diese früheren Kommunisten nach der Befreiung zur KPD. gehen oder nach vielen Vorbildern sich den Nationalsozialisten anschließen, steht noch keineswegs fest.

Noch hatte sich das Haus von seinem Erstaunen über die Kommunisten nicht erholt, als der sozialdemokratische Abgeordnete

Landsberg (Soz.)

auf der Tribüne stand und die eigene Bloßstellung der Kommunisten zu ihrer Vernichtung steigerte. Er las Stellen aus der Rede vor, die der Pieck vor wenigen Tagen zu derselben Amnestievorlage im Reichstage gehalten hat. Damals hat er die ganze Amnestievorlage als ein Machwerk der Deutschnationalen bezeichnet, als eine Spezialamnestie für die Fememörder. Die Kommunistische Partei kenne keine Verhandlung, sondern nur Kampf. Hier unterbrach schallendes Gelächter des ganzen Hauses die Zitate, die der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg vorlas. Die Kommunisten wußten sich nicht anders als durch rabiate Schimpfworte zu helfen.

Unter minutenlangem Gelächter des Parlaments stellt Landsberg fest, daß die Kommunisten mit diesem Kuhhandel sogar die einstigen Nationalliberalen im Kaiserreich übertroffen hätten.

Während der wuchtigen Rede Landsbergs war die Anteilnahme des ganzen Hauses an der Amnestievorlage bis zu hoher Erregung gestiegen.

Schließlich konnte auch der kommunistische Abgeordnete Pieck, an den Landsberg unter dem Jubel der sozialdemokratischen Fraktion die züchtigende Prozedur vollzogen hatte, nicht mehr schweigen. Er mußte auf die Tribüne hinauf und alles Brüllen half ihm nichts. Noch einmal bezeichnete der Kommunist die Amnestie als ein Schandwerk der Gesetzgebung, dann aber hoben die Kommunisten gemeinsam mit den Deutschnationalen, gemeinsam mit den nationalsozialistischen Parteigenossen der Fememörder, gemeinsam auch mit den Regierungsparteien und ihrem Ministerium die weißen Ja-Karten für die Fememamnestie.

Der Präsident stellte fest, daß 290 Abgeordnete für und 135 Abgeordnete gegen die Amnestie gestimmt haben. Die verfassungsändernde Mehrheit ist erreicht, die Fememörder werden befreit und soweit diese noch nicht verurteilt sind, von jeder Weiterverfolgung ihrer Mordtaten befreit.

Unter Führung Fricks und Everlings brach die Rechte in stürmische Bravorufe aus. Einige Sozialdemokraten riefen: „Pfui!" Die gesamte Fraktion schämte sich, daß eine sogenannte Arbeiterpartei sich um einiger Scheinzusagen willen an die schlimmsten Feinde der Arbeiter verkauft hat, und nun die Tore der Gefängnisse für blutbefleckte Femetäter sich öffnen.

Ruhrbergarbeiter, es wird mobil gemacht!

Kamerad, wir brauchen Dich!

Die große Not unserer Tage ist zur schmetternden Fanfare geworden.

Die harte Wirklichkeit drängt die Stumpfsinnigen mit elementarer Gewalt zum Nachdenken, zum Handeln.

Aber dennoch gibt es noch Zehntausende, die trotz allen Zuredens nicht begreifen wollen, daß die Zeit vorbei ist, in der der einzelne etwas galt und gehört wurde.

Dennoch — trotz niederdrückendster Not richten noch immer die Einen den hilfesuchenden Blick nach oben — während andere vom Staate — oder auch solche gibt es — von zinsraffenden Konzernkönigen nothelfende Weltwunder erwarten. Wer sich nicht selbst hilft, dem wird nicht geholfen. Wer sollte sich auch um das Los der Bergarbeiter kümmern. Niemand hilft, wenn die eigene Kraft versagt.

Der Bergarbeiter ist allein auf die Verwertung seiner Arbeitskraft angewiesen. Er ist den Konzernkönigen als zinsschaffendes Arbeitstier willkommen. Gesellschaftlich darf er nichts bedeuten. Kultur darf er nicht haben. Kultur macht begehrlich, meint der Unternehmer. In Zeiten mit überflüssiger Arbeitskraft aber wird er schonungslos sich und dem wirtschaftlichen Elend überlassen.

Lassalle hat es einmal ganz verständlich dargelegt in den Worten! „Die Arbeitskraft hat sich vorgenommen, Mensch zu werden".

Das darf nicht sein, sagt der Arbeitgeber. Der Arbeiter ist eben nur ein Ding, das gegen Hergabe von Arbeitskraft, kärglichen, unzureichenden Lohn erhält — damit basta.

Regieren — die Wirtschaft führen — Preise bilden — Löhne bestimmen — Arbeitszeiten festlegen — künstlich Arbeitslosenheere zu wirtschaftspolitischen Zwecken schaffen — Sozialpolitik gegen die Arbeiter treiben — Profite einheimsen — nationale Wirtschaftsinteressen heucheln — **das eigene Wohl** aber allen Dingen voranstellen — mit einem Worte: dem Staat, die Wirtschaft und die Arbeiter beherrschen. Das — so wünschen sie es — soll das ewige Vorrecht der modernen Industrie und Kapitaldirigenten sein und bleiben.

Zechen über Zechen, Arbeitsstellen über Arbeitsstellen wurden geschlossen. Hunderttausende verkommen mit ihren Familien als Produkte einer verfluchten privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in Hunger und Lumpen. Sie gaben einst ihre beste Arbeitskraft unter größten Lohnentbehrungen her in dem Glauben, der Gesamtheit zu helfen. In bitterem Grimme müssen sie heute erkennen, daß sie für die große nationalsozialistische Lüge schufen und entbehrten, derweil die Großen und Mächtigen der Wirtschaft lebten und Schätze sammelten in größter Notzeit — Notzeit freilich nur für die Enterbten.

Mars lacht dazu!



Bravo! Macht recht viel Lärm, damit man möglichst wenig von der Befreiungsfeier, die durch Verständigung erzielt wurde, hört.

Nun treibt die Not die Bergarbeiter zusammen, sie hämmert mit eiserner Macht die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit in einer kämpfenden Klasse in die Hirne. Wenn heute die gesamte Bergarbeiterschaft in solidarischer Verbundenheit zusammenstünde, wahrlich, eine solche Kraft könnte Berge versetzen, könnte Systeme ändern, könnte eine neue gesunde Wirtschaftsordnung mit Arbeit und Brot für alle schaffen. Mit vereinten Kräften würde die Bergarbeiterschaft eine von ihren Gegnern unüberwindliche Macht darstellen. Leider können sich solche Kräfte heute noch nicht voll auswirken, weil Mißmut und Verzagtheit, Mangel an Charakterstärke, Kriecherei, kleinliche Rechthaberei und stumpfsinniges Dahinleben ein tatkräftiges Durchsetzen der Interessen der Bergarbeiterschaft verhindert. Den Vorteil haben allein die Arbeitgeber. Das muß anders werden. Jeder fühlt es. Es wird anders werden, wenn die Bergarbeiter es wollen. Wenn sie den Ernst der Zeit und die Notwendigkeit des Handelns begreifen, finstere Gewalten umgeben die Bergarbeiterschaft. Die Sozialreaktion will die Arbeitslosenversicherung abbauen, die Renten beschneiden, die Krankenversicherung drosseln.

Die Wirtschaftsreaktion will die Löhne abbauen, die Arbeitszeit verlängern, die Tarife beseitigen, den Einfluß der Betriebsräte beschneiden und nach Herrenmanier die Knute schwingen über die Arbeiter in und außerhalb der Betriebe.

Es ist also höchste Zeit zur Besinnung geworden. Braunkohlengeneraldirektor Silverberg, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, forderte kürzlich auf einer Tagung in Düsseldorf unter der Parole: „Werft das Steuer herum" eine Regierung zum unbedingten Schutz der privatkapitalistischen Profitwirtschaft. Wir setzen dieser Fanfare, den entschlossenen Ruf nach der sozialisierten Wirtschaft entgegen. Die Zeit ist reif dazu, die heutigen Wirtschaftsführer sind am Ende ihres Lateins. Die Opfer ihrer „Wirtschaft" liegen zu Millionen auf den Straßen. Diesem Zustand ein Ende zu bereiten, sind starke Kräfte nötig, die den Gewerkschaften noch zuwachsen müssen. Insbesondere die Ruhrbergarbeiter stehen vor sehr schweren Kämpfen. Gerade sie müssen sich ihrer großen Kraft und Machtentfaltung bewußt sein, wenn sie ihre lebensnotwendigen Interessen zur Geltung bringen wollen. Es ist höchste Zeit geworden, eine felsenfeste unüberwindliche Abwehr- und Angriffsfront zu schaffen. Der Einzelne ist nichts, bedeutet nichts und kann nichts ausrichten. Erst in der Gesamtheit wirken sich die Kräfte des Einzelnen zum Machtfaktor aus.

Die Interessen der Menschen werden heute im Großen festgesetzt. Die getun Verbände sind die alles regulierenden Faktoren. Je stärker ihre Macht sein wird, um so größer sind die Erfolge. Das mögen sich die Ruhrbergarbeiter für die kommenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ganz besonders gesagt sein lassen. Und sie mögen kein Mittel unversucht lassen, eine Kampftruppe zu schaffen, wie sie die moderne Zeit erfordert. Dazu ist jetzt die beste Gelegenheit. In Voraussicht kommender großer Ereignisse erklingt jetzt der Mahnruf: „Bergarbeiter sammeln!" Am 6. Juli beginnt die große Werbewoche für den Verband der Bergbauindustriearbeiter. Möge jeder nach seinen Kräften unter Erkenntnis der Wirtschaftssituation seine besten Kräfte hergeben zur Ueberzeugung der Unorganisierten, daß ihr Platz nur im Verband sein kann. Es geht um große Ziele, es geht um die Gesamtinteressen der Bergarbeiterschaft, wozu der letzte Mann gebraucht wird.

Ein Gruß von der Donau

an das befreite Rheinland

Wien, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Mittwoch-Sitzung des österreichischen Nationalrates wurde vom Präsidenten Gürtner mit folgender Ansprache eröffnet:

„Eine frohe Botschaft geht in den letzten Tagen durch die Welt: die dritte Zone des besetzten rheinischen Gebietes ist von der fremden Besatzung geräumt, der langersehnte Tag der Freiheit für das Rheinland angebrochen. Das deutsche Volk, das dieses denkwürdige Ereignis in ernster Zeit feiert, darf der freudigen Anteilnahme aller Brüder und Schwestern außerhalb der Reichsgrenze sicher sein, denn tief im Herzen eines jeden Deutschen wurzelt die Liebe zum Rheinland.

Wir Oesterreicher, die wir uns der Bevölkerung des Rheinlandes vielfach wesensverwandt fühlen, begleiten mit innerer Freude dieses Geschehnis, das für viele treue Volksgenossen die Erfüllung eines heißersehnten Wunsches bedeutet. Die Kraft, die der Freude innewohnt, möge das deutsche Volk stärken zur Bewältigung des dornenvollen Weges, den es noch vor sich sieht und ihm die schweren Lasten tragen helfen, die ihm auferlegt sind, bis es erstarkt und gefestigt, nicht nur zu eigenen Nutz und Frommen, sondern auch zum Wohle und Gedeihen aller Völker Europas, den ihm gebührenden Platz als freies Volk erhält.

Möge die vollständige Räumung des Rheinlandes als Zeichen der Völkerversöhnung Wegweiser sein in die Zukunft.

Dem Rheinlande und seinen Bewohnern entbietet der österreichische Nationalrat seinen Gruß.

Der Kundgebung, die von den Abgeordneten stehend angehört und zum Schluß mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, wohnte in der Diplomatenloge der deutsche Geschäftsträger bei.

Entlarvte Komödianten

Die Rede des Abgeordneten Landsberg (Soz.) im Reichstag

Als die Schimpfkanonade des Herrn Torgler begann, war ich mir klar darüber, daß Herr Torgler nur so schimpfte, um einen Umfall vorzubereiten. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten. Lärmende Gegenrufe bei den Kommunisten.) Ich habe mich nur gefragt, ob er den Dreh finden wird. Und er hat ihn gefunden. (Heiterkeit.) Allerdings hätte ich ihn für etwas geschickter gehalten. (Andauernder Lärm bei den Kommunisten.) Von dem Geschimpf des ersten Teiles seiner Rede hätte er zu dem Geständnis im zweiten Teil, daß die Kommunisten den Amnestie-Antrag annehmen, nicht so schnell übergehen dürfen. Der Redner verliest mehrere Sätze aus der Rede, die der Kommunist Pieck bei der zweiten Lesung des Amnestiegesetzes gehalten hat, wo er steif und fest behauptete, die Kommunisten würden die Amnestie ablehnen. Herr Pieck erklärte damals, daß zwischen den Kommunisten und den Fememördern nur Kampf bis aufs Messer sein könne. Daß die bürgerlichen Parteien für die Begnadigung der Fememörder eintreten, zeige die ganze sittliche Entartung dieser Gesellschaft. Damit hat Herr Pieck sich und seine Partei charakterisiert. Wir haben diesem Urteil kein Wort hinzuzufügen.

Jetzt wissen wir, was nach kommunistischer Auffassung revolutionäre Gesinnung ist, nämlich eine solche, die gegen Berufsunfälle einen Rückversicherungsvertrag mit der Garantie einer Amnestie abschließt. Wir wissen jetzt auch, was Sie unter Klassenkampf verstehen, wenn man nämlich ruft: „Wir betteln nicht um Amnestie, wir fordern sie!" und wenn man zugleich im stillen Kämmerlein die Bedingungen einer Amnestie aushandelt. Das ist Klassenkampf im kommunistischen Sinne.

(Anhaltende Schimpfereien bei den Kommunisten.) Ich bedauere, daß, während jeder Prospekt einer Aktiengesellschaft veröffentlicht werden muß, ein Pakt, wie er jetzt mit den Kommunisten geschlossen worden ist, nicht veröffentlicht wird. Man ist also auf die Worte angewiesen, mit denen der Minister uns die Bedeutung und die Bindungen dieses Paktes verraten hat. Wir entnehmen den Worten des Ministers, daß er nach Möglichkeit dafür sorgen will, daß der Oberreichsanwalt in Zukunft Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat nicht schon dann erheben soll, wenn die Voraussetzungen des bestehenden Rechtes gegeben sind, sondern die Voraussetzungen des neuen Strafgesetzentwurfes.

Dieses Zugeständnis erfüllt uns mit der größten Befriedigung, denn die Fassung des Begriffs Hochverrat im neuen Strafgesetz rührt von uns her. Sie ist im Ausschuß gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen worden. Die kommunistische „Rote Fahne" hat allerdings damals über diesen Ausschußbericht geschrieben: „Landsberg und Hergt im Bunde für Zuchthaus gegen Hochverräter." Dabei hat Hergt gegen unseren Antrag gestimmt. Jetzt erscheint die Erklärung des Ministers den Kommunisten so bedeutsam, daß sie trotz der heftigen Rede Piecks für die Amnestie der Fememörder stimmen. Der Reichsjustizminister hat auch gesagt, daß er evtl. dem Reichspräsidenten eine größere Zahl Begnadigungen vorschlagen würde. Damit sind wir durchaus einverstanden. Wir begrüßen eine sehr weitherzige Gnadenpraxis und befürworten sie, aber etwas ganz anderes ist es selbstverständlich, ob eine politische Partei, besonders eine so prinzipienfeste wie die KPD., berechtigt ist, Zugeständnisse zu machen und sie zu erreichen. Das haben mit solcher Virtuosität im kaiserlichen Deutschland nicht einmal die Nationalliberalen fertig gebracht. (Heiterkeit.)

Der Sprecher des Zentrums, Herr Dr. Schetter hat auf die tierische Gemeinheit der Verbrechen hingewiesen, die jetzt straffrei gemacht werden sollen. Man erinnert sich an den Fall des Dienstmädchens Sandmeyer. Sie kam vom Lande nach München, las die Plakate, die zur Angabe von Waffenlagern aufforderten und sagte einem Schutzmann, daß sie solche Waffenlager kenne. Er wies sie an die Einwohnerwehr. Sie ging hin und erstattete Meldung. Dann wurde sie aus ihrer Wohnung abgeholt und im Auto auf die entsetzlichste Weise ermordet. An ihrer Leiche wurde ein Plakat angebracht, das erklärte: Der Mord wäre wegen Landesverrats erfolgt. So war es noch in vielen Fällen. Und wenn einer von den Tätern gesagt hätte: „Ich tat es aus vaterländischem Motiv." Keiner hat diesen Mut aufgebracht. Alle haben sie gelogen und geleugnet. (Lärm und Toben rechts.)

Herr von Lindeiner-Wildau hat gesagt: Diese Amnestie solle die letzte sein. Das hört man nicht draußen, aber gehört und beachtet wird, daß im deutschen Reichstag Verbrechen der allerschwersten Art als Bagatellen behandelt, daß Totschlag und Mord als nicht interessierend erklärt werden. Menschen, die geneigt sind, die Waffe im politischen Kampf als Argument zu betrachten, werden in dieser Amnestiepraxis nur zu leicht eine Ermutigung finden. (Andauerndes Geschrei rechts.)

Ich spreche nicht zu Ihnen und vergleiche mein Rechtsgefühl nicht mit dem Ihrigen, denn Sie stehen unter jedem Vergleich, aber den Mittelparteien muß ich sagen: Ich beneide Sie nicht um das, was Sie zu tun im Begriffe sind. Ich weiß, daß viele unter Ihnen auf unserem Standpunkt stehen. Wir aber machen eine solche Gesetzemacherei nicht mit. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. Lärm bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Das Rowdytum

der Nationalsozialisten

In den letzten Tagen sind unter den nationalsozialistischen Tumultanten immer wieder Beamte festgestellt worden. In fast allen Fällen handelt es sich um Personen, die außer auf der Straße auch in den Büros der Behörden für die Nationalsozialisten das große Maulwerk führen. Diese Elemente müssen rücksichtslos entfernt werden, ohne Abfindung und ohne Pensionen.

Wer gegen den Staat hetzt, wer seine Repräsentanten beschimpft und sich durch die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei, zur Politik der Gewalt im faschistischen Sinne bekennt, der setzt sich in Widerspruch zu seinen Beamtenpflichten und hat in den Aemtern der Republik nichts zu suchen.

Darüber hinaus erscheint es durchaus erwägenswert, die Zugehörigkeit von Beamten zur Nationalsozialistischen Partei nicht länger zu gestatten. So wie bisher kann es jedenfalls nicht weiter gehen. Dem Zustand, daß heute jeder Mensch dem Rowdytum der nationalsozialistischen Jünglinge ausgesetzt ist, muß endlich ein Ende gemacht werden. Wenn es sein muß mit allen Konsequenzen.

Blutiger Zusammenstoß

zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten

Neumünster, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Zu einem schweren blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es gestern Nacht inmitten der Stadt. Die Nationalsozialisten, die statt mit ihrer sonstigen Uniform mit weißen Hemden bekleidet waren, wollten einen Ausflug in die nähere Umgebung der Stadt machen. Ein großer Trupp Kommunisten wollte sie am Verlassen der Stadt hindern. Nachdem der Trupp der Nationalsozialisten auseinandergegangen war, wurde ein Teil, etwa 30 Mann, von den Kommunisten verfolgt. An der Ecke der Kielerstraße kam es zu einem Zusammenstoß, der noch unblutig verlief. Einige 100 Meter weiter wurde aus den Reihen der Nationalsozialisten scharf geschossen. Der hiesige Kommunistenführer Timm erhielt zwei Bauchschüsse, der Kommunist Classen wurde ebenfalls getroffen, und beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Am Aufkommen des Timm wird gezweifelt. Die Nationalsozialisten hatten einige Leichtverletzte. Mehrere Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Wieder nächtliche Ruhestörungen in Breslau

Breslau, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Auch in dieser Nacht versuchten eine Anzahl Personen, die, wie die Polizei ermittelte, sich als Nationalsozialisten bekannten, am Ring die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Wiederholt mußte die Polizei eingesetzt werden, um bedrohliche Ansammlungen, die sich zu bilden begannen, unter Anwendung des Gummiknüppels zu zerstreuen. Insgesamt wurden 11 Personen verhaftet, in den Morgenstunden aber wieder entlassen. Unter ihnen befanden sich u. a. zwei Gerichtsreferendare und fünf Studenten.

Revolutionäre „Arbeiterpartei"

Gebrüder Strasser

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Nationalsozialistische Partei steht vor der Spaltung. Wie verlautet, werden die Gebrüder Strasser schon in den nächsten Tagen eine Oppositionsgruppe bilden, die als „Revolutionäre Arbeiterpartei" in Erscheinung treten soll.

Krach auch in Mecklenburg

Hitler-Diktatur überall

Schwerin, 2. Juli (Eig. Drahtbericht.)

Die Mecklenburgische Zeitung meldet aus einer angeblich gutunterrichteten Quelle, daß der

Ausschluß der beiden mecklenburgischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Hildebrandt und Steinfatt aus der nationalsozialistischen Partei bevorsteht. Dieser Ausschluß soll, wie das Blatt berichtet, darauf zurückzuführen sein, daß die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten im mecklenburgischen Landtag trotz aller Anweisungen aus München bisher die gegenwärtige mecklenburgische Rechtsregierung gestützt haben.

In führenden Kreisen der Nationalsozialisten liegt bereits der Beschluß vor, die gegenwärtige Rechtsregierung in Mecklenburg, die von den Nationalsozialisten abhängig ist, zu stürzen. Auch soll die Möglichkeit einer Regierungsumbildung für den Fall erwogen worden sein, daß ein Sturz der Rechtsregierung sich als unmöglich erweise. Es sei geplant, den von Hitler kommissarisch eingesetzten Gauleiter für Mecklenburg Dr. Albrecht das Innenministerium zu übertragen.

Racheakte gegen Separatisten

auch in Mainz

Mainz, 3. Juli. (Eigene Meldung.) Wie in Kaiserslautern wurden heute auch in Mainz Racheakte gegen ehemalige Separatisten verübt. Eine große Menschenmenge durchzog unter dem Gesang vaterländischer Lieder die Straßen. Ein Laden, dessen Besitzer ein ehemaliger Separatist war, wurde in der Bahnhofstraße demoliert. Die Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Die Auslagen auf die Straße geworfen und zerstört. Auch ein Laden in der Synagogengasse wurde vollständig ausgeplündert. Ein starkes Polizeiaufgebot trieb die Menge auseinander. Vor den Läden wurden Beamte postiert, um weitere Zerstörungen zu verhindern.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg

in Zossen

Infolge eines Formfehlers mußte die Neuwahl des Zossener Stadtparlaments vorgenommen werden. Die Sozialdemokratie konnte dabei ihre Stimmenzahl gegenüber der Novemberwahl von 1068 auf 1191 steigern und 6 gegenüber 5 Mandaten besetzen. Die Kommunisten verloren ein Mandat. Ihre Stimmenzahl fiel um 64 auf 302. Die Bürgerlichen konnten ihre 7 Mandate halten, obwohl auch sie einen Stimmenverlust hatten.

Nr. 152. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Donnerstag, den 3. Juli 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Postbeförderung mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin"

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" wird voraussichtlich zwei Nordlandfahrten ausführen, von denen die erste in der Zeit vom 8. bis 11. Juli stattfinden soll. Briefe und Postkarten, die mit diesen Fahrten befördert werden, erhalten einen Sonderstempel „Luftschiff Graf Zeppelin Nordlandfahrten 1930".

Der Zeitpunkt für die Ausführung der zweiten Nordlandfahrt steht noch nicht fest.

Ferner wird das Luftschiff „Graf Zeppelin" voraussichtlich am 6. Juli eine Rundfahrt über dem besetzt gewesenen Rheinland unternehmen und dabei zwei Landungen im Flughafen Köln ausführen. Alle Sendungen, die beim Postamt in Köln (Flughafen) zur Beförderung mit dem Luftschiff eingeliefert werden, erhalten neben dem Aufgabestempel einen Sonderstempel mit der Inschrift „Mit Luftschiff Graf Zeppelin auf seiner Fahrt in das befreite Rheinland befördert". Sendungen für diese Beförderungsgelegenheit können auch dem Postamt in Köln (Flughafen) in freigemachtem Briefumschlag übersandt werden.

Immer noch Entlassungen im Bergbau

Wie wir erfahren, sollen auf der Zeche Helene in Altenessen 400 Bergarbeiter, 5 Steiger und 4 kaufmännische Angestellte entlassen werden.

Auf der Zeche König Ludwig kommen aus dem gleichen Grunde 150 Arbeiter zur Entlassung.

Das leidige Messer. An der Ecke Vereins- und Augustastraße fand zwischen zwei Männern eine Schlägerei statt. Ein Beteiligter wurde hierbei durch Messerstiche am Kopfe verletzt. Der Verletzte wurde dem Katholischen Krankenhaus zugeführt. Dort stellte sich heraus, daß der Eingelieferte stark angetrunken war und die Verletzungen nur leichter Natur waren. Der andere Beteiligte mußte den Weg zur Bahnhofswache antreten.

STADTTEIL BUER

Wo ist das Rad gestohlen? In Verwahrung der Kriminalpolizei in Resse befindet sich ein Herrenfahrrad, welches vermutlich aus einem Diebstahl herrührt, der in der Zeit vor dem 6. Juni dieses Jahres verübt worden sein muß. Als Tatort dürfte die Umgebung von Wanne-Eickel oder der Regierungsbezirk Minden in Frage kommen. Beschreibung: Marke Miele, Nr. 2609, schwarzer Rahmen mit dünnen, gelbbraunen Streifen, englischer Lenker, gelbe Felgen mit vier dünnen, schwarzen Streifen, schwarze Schutzbleche mit zwei dünnen, gelbgrünen Streifen, braune Werkzeugtasche mit Aufdruck Miele, brauner Sattel, Torpedofreilauf, an der Lenkstange befindet sich eine runde, vernickelte Handglocke mit Firmenbezeichnung Heinrich Nürhoff, Elsen i. W. Interessenten können ihre Ansprüche bei der Kriminalpolizei geltend machen.

Hühner- und Kaninchendiebstahl. In der Nacht zum 27. dieses Monats sind einem Anwohner der Valentinstraße in Hassel aus einem verschlossenen Hühnerstall 30 weiße Kücken, etwa 10 Wochen alt, gestohlen worden. (Wert 100 RM.) — Einem Anwohner der Lindenstraße wurde in den letzten Tagen ein Kaninchen im Werte von 5 RM entwendet. Als Täter hierfür kommen zwei jugendliche Burschen in Frage, denen noch andere Diebstähle zur Last gelegt werden.

Versuchter Einbruch. In der Nacht zum 30. vorigen Monats wurde an einer an der Nienkampstraße gelegenen Trinkhalle versucht, einzubrechen. Die Täter beschädigten die Blendladen und brachen die Türklinke ab. Alsdann ließen sie von ihrem Vorhaben ab.

Wirtshausstreit. Dienstag nachmittag wurde das Ueberfallkommando nach der Wirtschaft im Erler Schievenviertel gerufen. Mehrere Wirtshausgäste, hauptsächlich junge Burschen, waren dort in eine wüste Schlägerei geraten, wobei es blutige Köpfe absetzte. Sehr schnell war das zur Hilfeleistung herbeigerufene Ueberfallkommando zur Stelle und stellte bald die Ruhe wieder her. Der Wirt hatte an dem Tage die Wirtschaft von Herrn Schlemeyer übernommen und wird von derartigen Vorkommnissen jedenfalls wenig erbaut sein. Wie in dortiger Gegend fast immer, hatte sich wieder eine große Zuschauermenge bei der Rauferei angesammelt.

Unfall. Ein glimpflich verlaufener Unfall ereignete sich gestern nachmittag in Buer-Beckhausen. An einem mit etwa 30 Zentner beladenen Lieferauto aus Recklinghausen brach auf der Horster Straße die Achse. Hierdurch verlor der Chauffeur die Gewalt über den Wagen, der auf den Bürgersteig fuhr. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden.

STADTTEIL HORST

Küchendiebstahl. Einem an der Nordsternstraße in Horst wohnhaften B. wurden ein Wecker und eine Tischdecke im Gesamtwerte von 27 RM aus der Küche entwendet.

Lumpensammler als Hehler. Wegen Hehlerei wurde ein Lumpensammler aus Horst zur Anzeige gebracht, weil er am 1. dieses Monats 5 bis 6 Zentner verschiedener Eisenteile von unbekannten Personen aufkaufte, die von einem Platz entwendet waren und einer Firma in Buer gehörten.

Der Abwehrkampf der Metallarbeiter

Metallarbeiter und Polizei

Die Sonne fällt über die Straßen. Die Hitze wird zu manchen Stunden erdrückend. Aber trotz alledem stehen an den Ecken, die den Zugang zu den Werken bilden, gestikulierende Menschen. Haufen, wirr durcheinandergewürfelt. Ohne Kragen, ohne Riechtücher, in glänzenden, zerknitterten Anzügen — aber ein Gedanke ist in allen wach, eine Hoffnung ist in jedem neu geworden: Wir zwingen die Herren, die sich angesichts größter Not noch weiter bereichern möchten! Wir setzen uns durch! — Ja, was geht den Spießer, der beim Frühstück sich bürgerliche Beruhigungspillen in den Leib lutscht, dieser Kampf an, den Arbeiter führen, die sich betrogen fühlen, die betrogen werden sollen? Und trotzdem zittert eine leise Unruhe über der Stadt. Nicht nur die empfinden sie, die mitten hineingestellt sind in den Kampf. Die Herren verbergen sie hinter überlegen scheinenden Gesichtszügen, für sie geschieht alles noch indirekt. Sie können ja noch Auto fahren. Niemand verbietet ihnen, eine Stunde Pause zu machen. Es steht ihnen frei, am Abend des Tages Last zu vergessen, in die Tasche zu fassen und sich mit ihrem (?) Geld zu amüsieren. Die Arbeiter packt die Unruhe konkreter. Sie wissen, was es gilt. Sie wissen, daß die Forderung heißt, sich einzusetzen, jeder für alle, damit nicht umsonst Opfer gebracht werden. Aber das ist sicher, daß die Freunde, die heute und gestern aus den Betrieben gegangen sind, nicht allein stehen. Sie dürfen gewiß sein, Tausende und aber Tausende verfolgen jede Phase dieses Kampfes, der eine Frage für alle Schaffenden ist.

Wir stehen vor den Toren der Fabriken. Noch Minuten, dann werden sie sich öffnen und die Arbeitenden auf die Straße lassen. Ein starkes Aufgebot von Polizei bewegt sich vor den Gebäuden und schützt den Abmarsch und den Zuzug der noch Arbeitenden. „Der Bürgersteig muß geräumt werden!" Alles leistet Folge. Hin und her die Polizeipatrouillen. Die Herren scheinen es sich anders überlegt zu haben. Auch die andere Seite muß geräumt werden. Auch das geschieht: denn es ist lächerlich, den Aufforderungen der Beamten nicht Folge zu leisten. Ach Gott, ich kann die Beamten verstehen, und sie sind sicher nicht alle gleich. Aber da es sich nur um Kumpels handelt, versucht man, das geringst zulässige Maß von Anstand zu gebrauchen. Oder gehört es sich, in Ermangelung besserer Maßregeln den Leuten, die dabei sind, den tropfenweise kommenden Aufforderungen Folge zu leisten, auf die Füße zu treten, daß es nur so eine Art hat? Ueberhaupt fand ich, hätte die Polizei sich zurückhaltender gebärden können. Eine Dienstbereitschaft hätte für den Hauptteil der Streitmächte genügt. So gewinnt man weder Sympathien, noch trägt man zur Lösung auch nur einer Teilfrage bei. Höchstens erweckt man, das zeigte die Stimmung des Publikums, wenig Freude und unruhiges Blut. Das sind so meine Gedanken, die ich mir über die Geschichte, die ich zufällig sehen konnte, gemacht habe. Und ich will natürlich nicht sagen, daß sie richtig sind. Das müssen die Herren, die etwas davon verstehen und mit dabei sind, ja besser wissen.

*

Was ist bei Küppersbusch?

In unserem gestrigen Bericht teilten wir mit, daß sich die im Kampf stehenden Kollegen zur Kontrolle des Arbeitsamtes Dienstags und Donnerstags im Deutschen Hause melden müßten. Die Mitteilung bedarf einer Berichtigung. Zur Kontrolle haben die Kollegen nämlich Montags und Donnerstags, von 16 bis 17.30 Uhr, im „Deutschen Haus" zu erscheinen. Zur Entgegennahme der Kampfparole bitten wir die Kollegen, sich jeden Morgen, von 9 bis 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Essener Straße, zu melden.

*

Auf den

Mannesmann-Röhrenwerken

ist gestern (Mittwoch) morgen noch eine Anzahl Arbeiter zur Arbeit erschienen. Im ganzen sind auf diesen Werken jetzt 1300 Mann ausgesperrt.

Auf der „Guten-Hoffnungs-Hütte" sind 150 Drahtzieher draußen. Hier arbeitet der Revolutionär Sawitzki, und trotzdem klappt es nicht.

Auf den Vereinigten Stahlwerken beschlossen 800 Mann aus dem Radiatorenwerk, im Schichtlohn zu arbeiten. Die Direktion weigert sich, das zuzulassen, so daß jeden Augenblick mit Aussperrung zu rechnen ist. Einzelheiten siehe unten!

Glut unter der Asche beim Schalker Verein

Bis Mittwoch war es auf dem Schalker Verein ruhig. Als Mittwoch morgen der Radiatorenbetrieb, der Dienstag eine Feierschicht hatte, zur Arbeit erschien, ging es los. Die Kollegen dort, die tagsüber während ihrer Arbeitszeit in einer wahrhaft höllischen Hitze arbeiten müssen, feste arbeiten müssen, wollen sie ihr Geld verdienen,

sind nicht gewillt,

sich auf so leichte Art ihr sauer verdientes Geld kürzen zu lassen. Sie beschlossen vor Schichtbeginn, den Tag über nur so viel zu produzieren, daß sie ihren Tariflohn verdienten.

Nach Feierabend kam die ganze Belegschaft in der Speisehalle zusammen, um sich über die Maßnahmen der Werksleitung und deren Begegnung auszusprechen. Dort wurde dann vom Arbeiterratsvorsitzenden folgende Bekanntmachung, die auch im Betrieb ausgehängt worden ist, verlesen:

Gelsenkirchen, den 2. Juli 1930.

Bekanntmachung.

Der Rahmentarif bestimmt, daß jede Arbeit, deren Eigenart es gestattet, im Akkord verrichtet werden muß. Mithin verstößt eine Erklärung, daß nur im Schichtlohn gearbeitet wird, gegen den Tarifvertrag. Wir setzen die Belegschaft der Radiatoren-Gießerei unter Bezugnahme auf die heutige Verhandlung nochmals ausdrücklich hiervon in Kenntnis.

Diejenigen Arbeiter, die nicht gewillt sind, zu den neuen Akkordsätzen zu arbeiten, sind wegen Nichtübernahme der Arbeit zu tariflichen Bedingungen (von mir gesperrt. — D. B.) mit sofortiger Wirkung entlassen und können ihre Entlassungspapiere in der Abteilung für Arbeiterangelegenheiten abholen. Arbeiter, die die neuen Vertragsbedingungen eingehen wollen, werden nach Möglichkeit beschäftigt. Schichtbeginn bis auf weiteres 6 Uhr vormittags für alle Arbeiter.

Abteilung für Arbeiterangelegenheiten. gez. Hölters."

Die Berufung auf den Rahmentarif ist sehr geschickt gefaßt. Daß aber derselbe Rahmentarif im nächsten Absatz davon spricht, daß die Akkorde zwischen Werksleitung und Arbeitnehmer frei vereinbart werden müssen, das scheint Herrn Hölters im Moment nicht bekannt gewesen zu sein. Die „tariflichen Bedingungen" kamen auf folgende Art zustande: Die Werksleitung hat der Belegschaft gekündigt und machte ihr zwei Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist einfach die Mitteilung, daß die neuen Bedingungen auf den Betriebsbüros zur Ansicht offenliegen. Das ist also die ganze „freie Vereinbarung". (Auch laut Rahmentarif? — D. B.)

So umgeht der Herr Syndikus die vertraglichen Bestimmungen und will die Arbeiterschaft, die mit gleicher Münze zahlen will, in ganz brutaler Form wirtschaftlich schädigen. Die Belegschaft der Radiatoren-Gießerei ist auch heute, wie die Versammlung bewiesen hat, nicht gewillt, sich sang- und klanglos so brutal behandeln zu lassen.

Sie hat einstimmig beschlossen, am heutigen Donnerstag die Arbeit genau wieder so auszuführen, wie am Mittwoch, und dabei abzuwarten, ob die Werksleitung zu Verhandlungen bereit ist. Einstimmig wurde dieser Beschluß gefaßt, und damit ist bewiesen, daß unter der Asche der Funke stärker glimmt. Ob er heute zur Flamme aufflackern wird, liegt am Verhalten der Werksleitung.

*

Unterichtet eure Presse

Die vorstehenden Darstellungen und Berichte zeigen den im Kampfe stehenden Metallarbeitern, daß der „Volkswille" durchaus bemüht ist, sie in ihrem ihnen durch brutale Unternehmerwillkür aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Das soll für die ganze Dauer des Kampfes so bleiben. Deshalb ergeht der dringende Appell an die verantwortlichen Funktionäre der Kampfleitungen, den „Volkswillen" — sei es durch persönliche Mitteilungen der Redaktion, sei es durch telefonische Verständigung — stets und ständig über den Stand des Kampfes auf dem laufenden zu halten, damit die Oeffentlichkeit stets über alle Einzelheiten unterrichtet werden kann. In ihr muß sich immer mehr der Eindruck festigen, daß es sich nicht um irgendwelche Dinge radikaler Phrasendrescher, sondern um den bewußten Abwehrkampf einer ernsten und entschlossenen Arbeiterschaft mit legalen Mitteln handelt.

Autobuslinie Horst-Heßler-Schalke-Bismarck

Die „Wirtschaftliche Vereinigung Schalker Bürger" hat sich mit einer Eingabe an den Verkehrs-Ausschuß unserer Stadt gewandt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Wirtschaftliche Vereinigung Schalker Bürger hat bereits vor längerer Zeit der Verwaltung den Antrag unterbreitet, zur Befriedigung des sehr starken Verkehrsbedürfnisses zwischen Horst, Heßler, Schalke, Bismarck, Wanne eine Straßenbahnlinie einzurichten.

Obgleich dieser Gedanke grundsätzlich sowohl bei Verwaltung wie Straßenbahn Interesse fand, scheiterte er einstweilen an der Finanzierung, für die nach den uns gewordenen Mitteilungen ein Betrag von 1,7 Millionen RM aufgewandt werden müßte. Dieser Tatsache wollen und müssen wir Rechnung tragen.

Wir haben uns deshalb seit längerer Zeit mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob nicht die an sich von allen Teilen für unbedingt notwendig anerkannte Verbindung durch die Schaffung einer Autobusverbindung als Vorläuferin der Straßenbahn durchgeführt werden könnte.

Zu diesem Zweck haben wir von Spezialfirmen der Automobilbranche eine Rentabilitätsberechnung eingeholt.

Für die Durchführung des Verkehrs auf dieser West-Ostlinie würden nach unseren Informationen 4 Omnibusse in Frage kommen. Wir haben unserer Berechnung ein sehr hochwertiges Fahrzeug (Mercedes-Benz) zugrundegelegt und sind unter Berücksichtigung der Benutzung von 4 Wagen zu dem Rechnungsergebnis gekommen, daß für die Anschaffung rund 60 000 RM aufzuwenden sind. Instandhaltung und Betriebskosten eines Fahrzeuges belaufen sich jährlich auf zirka 16 241 RM. Das entspricht unter Berücksichtigung einer Jahresleistung von 50 000 Kilometer und bei einer Sitzzahl von 20 Personen einem Kilometerpreis von 32,5 Pfennig.

Es ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Linie, die schon lange als ein dringendes Bedürfnis anerkannt wurde, die den Schlachthof, Jahnplatz, Schloß Horst, Freibad Grimberg und die dicht besiedelten Gebiete, insbesondere von Schalke und Bismarck, durchschneidet, eine sehr starke Benutzung erfahren dürfte.

Wie groß das Verkehrsbedürfnis nach dieser West-Ostverbindung ist, beweist auch die Tatsache, daß Angestellte der Zeche Consolidation, die mit den zur Zeit vorhandenen öffentlichen Verkehrsmitteln nur unter großem Aufwand an Zeit und Geld ihre Arbeitsstätte erreichen konnten, sich zusammen einen Privatomnibus gemietet haben und diesen auch heute noch benutzen.

Die vorgeschlagene Linie würde außerdem den Kommunalfriedhof in Heßler berühren, der zur Zeit für die Bestattungen aus dem Stadtteil Schalke benutzt wird und bei schlechtem Wetter nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten und großem Zeitaufwand zu erreichen ist. Zu einer starken Inanspruchnahme der Linie wird auch der gut besuchte Wochenmarkt in Schalke beitragen, wie auch die regelmäßig stattfindenden Wettspiele des Fußballklubs Schalke 04, die an den Spieltagen eine ganz besonders starke Inanspruchnahme dieser Linie aus den westlich und östlich gelegenen Bezirken gewährleisten dürften.

Alles in allem bestehen hinsichtlich des Verkehrsbedürfnisses und der Rentabilität dieser Strecke keinerlei Bedenken.

Eine alsbaldige Einführung liegt aber im Interesse der hiesigen Bewohnerschaft und der Stadt selbst.

Letzteres ist um so mehr der Fall, als diese Linie dazu beitragen wird, den Geschäftsverkehr in den Geschäftsgebieten Bismarck, Schalke und Horst zu heben und damit zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Gesamtstadt beizutragen."

Weiße Zähne: Chlorodont

Der Horster Sparkassen-Neubau ist gerichtet

Ein moderner, schöner Bau im Stadtteil Horst / Besichtigung durch die Stadtverwaltung / Allgemeine Anerkennung
Das Richtfest im Schloßkeller

Auf dem freien Platz neben dem Schloß Horst, genauer bezeichnet, gegenüber dem Eingang zur Rennbahn, erhebt sich nun in Horst ein imposanter, moderner Bau, der sich aber doch in seiner Architektonik den umliegenden Gebäuden, besonders dem Schloß, anpaßt. Der Richtkranz hat schon vor einigen Wochen auf dem Dache geflattert, nur das Richtfest war verschoben worden.

Bevor das Richtfest im Horster Schloßkeller begann, besichtigten die Herren der Stadtverwaltung den Neubau, der nun bis auf die Inneneinrichtung fertiggestellt ist.

Architekt Vorberg, von dem die Pläne für den Bau stammen, übernahm die Führung. Das Gebäude soll einmal die Sparkasse Horst aufnehmen und auch zugleich der Stadt als Verwaltungsgebäude für den Stadtteil Horst dienen. Um diesen beiden Zwecken gerecht zu werden, mußte das Gebäude in zwei Flügel aufgeteilt werden, von denen jeder für sich abgeschlossen ist und einen besonderen Eingang hat, so daß Sparkasse und Verwaltungsgebäude wohl einen großen Bau darstellen, aber jede der beiden Abteilungen „Herr im eigenen Hause" ist. Der Flügel, der die Sparkasse aufnehmen wird, ist nach der Alleestraße zu gelegen. Ueber eine schöne Freitreppe, die vorläufig noch nicht vorhanden ist, wird das Publikum in einen kleinen Vorraum gelangen und von da in den großen Schalterraum, in dem sich die Kassengeschäfte abwickeln sollen. Neben diesem großen Raum liegt auf der einen Seite das Zimmer des Leiters der Sparkasse, auf der anderen Seite ein Raum, der die Rechenmaschinen und Schreibmaschinen aufnehmen soll. Ueber den Räumen der Sparkasse ist eine Wohnung gebaut, und zwar so, als ob auf die unteren Räume ein Einfamilienhaus aufgebaut wäre. Außer dieser Wohnung, die wohl für den Leiter der Sparkasse gedacht ist, sind in dem Gebäude noch zwei Wohnungen eingebaut; Toilettenräume und Umkleideräume für die Angestellten sind im Keller eingerichtet.

Der Westflügel des Gebäudes wird alle Nebenstellen der Stadtverwaltung im Stadtteil Horst aufnehmen, z. B. das Standesamt, das Wohlfahrtsamt usw. Auch diesem Flügel wird eine schöne, breite Freitreppe vorgelagert sein.

Zu dem
Richtfest im Schloßkeller

hatte sich außer den Schöpfern der Baupläne, den ausführenden Handwerkern und Arbeitern auch eine große Anzahl sonstiger geladener Gäste eingefunden. Von der Stadtverwaltung war Oberbürgermeister Zimmermann, Beigeordneter Sieglar als Dezernent des Sparkassenwesens; Beigeordneter Schumacher; Baurat Fuchslocher und einige andere Herren in leitenden Aemtern erschienen, auch der Vorstand der Sparkasse war vertreten, ebenso hatten die Innungen und die Kaufmannschaft Vertreter entsandt.

Beigeordneter Sieglar

begrüßte die erschienenen Gäste und führte weiter aus, daß man sich entschlossen habe, trotz der Schwere der Zeit den alten Brauch, ein Richtfest zu feiern, nicht habe aufgeben wollen, gerade um den Arbeitern, die an dem Werk so fleißig geschafft haben, nun auch ihr Fest zu geben. Er ging dann auf die Vorgeschichte des Sparkassenbaues ein. Nachdem die alte Gemeinde Horst ihre Selbständigkeit aufgegeben habe, sei man in dem Sparkassenvorstand auf den alten Beschluß des Horsten Sparkassenvorstandes, recht bald ein neues Gebäude zu errichten, zurückgekommen. Man habe sich auch bald davon überzeugt, daß der Bau eine dringende Notwendigkeit sei. Die Unterbringung der Sparkasse im Horster Amtshause sei auf die Dauer untragbar geworden, zumal auch das Arbeitsamt dort untergebracht war, das auch einen starken Publikumsverkehr hatte. Der Neubau sei daher unbedingt notwendig gewesen, und es sei sehr günstig gewesen, daß zugleich die Verwaltung mit in dem Hause untergebracht werden konnte. Wenn Kritiker in Horst sagten, für das Geld, was der Bau gekostet habe, wären besser Wohnungen oder eine Schule gebaut worden, so sei denen zu entgegnen, daß es nicht Sache der Sparkasse sei, Wohnungen zu bauen. Die RM 400 000, die für den Bau angesetzt worden seien, seien nicht Gelder, über die die Stadtverwaltung zu verfügen habe, sondern es seien Gelder auf dem Fond der Sparkasse. Wenn das Gebäude nicht errichtet worden wäre, dann wäre trotzdem keine Wohnung in Horst mehr gebaut worden. Dem Sparkassenvorstand sei deswegen Dank zu sagen, daß er die Notwendigkeit des Baues anerkannt habe. Dank gebühre auch dem Schöpfer des Baues, Architekten Vorberg, der es verstanden habe, das Gebäude so gut der Umgebung anzupassen. Beigeordneter Sieglar schloß mit den besten Wünschen für die Zukunft der Sparkasse.

Architekt Vorberg, Gelsenkirchen,

sprach dann über die Architektur des Gebäudes. Bei der Errichtung des Baues habe man auf den Lageplan, auf die zukünftige Straßenführung Rücksicht nehmen müssen. Da sowohl Sparkasse, als auch Verwaltung in dem Gebäude untergebracht werden mußten, mußte der Bau gestaffelt werden. Die Portale für beide Abteilungen wurden gleich schön ausgestattet, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, der eine müsse durch den „Kücheneingang" des andern gehen. Auch auf die Innenausstattung werde großer Wert gelegt bei aller Einfachheit, die vorherrschen werde. So werde auch dem alten Schmiedehandwerk bei den Treppengeländern Gelegenheit gegeben werden, ihre alte Kunst zu zeigen. Bei der Verwendung des Materials für den Bau — Klinkern- und Ruhrsandstein — sei auf die Anpassung an Schloß Horst Rücksicht genommen worden. In der Profilierung des Baues sei ebenfalls die Nähe des Schlosses berücksichtigt worden. Die Gruppierung des Gebäudes sei aber absolut modern, ebenso habe man nicht die Geschmacklosigkeit besessen, etwa das hohe Dach des Schlosses nachzuahmen, sondern man habe das heute übliche flache Dach genommen. Das Dach ist mit einem Geländer umgeben und kann als eine Art Dachgarten Verwendung finden. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bald bessern mögen.

Oberbürgermeister Zimmermann

knüpfte in seiner Rede an die Ausführungen des Beigeordneten Sieglar über die Horster Kritiker an. Auch er betonte, daß die Sparkasse vollständig selbständig sei. Deswegen hätte es auch einer Zustimmung des Stadtverordnetenkollegiums zu dem Bau damals nicht bedurft (heute ist das durch eine ministerielle Verfügung etwas anders). Das Mitbestimmungsrecht der Stadt bei der Sparkasse sei sehr bescheiden. Auch die Stadtverwaltung habe schon oft den Gang zur Sparkasse machen müssen, um dort ihre Bitten vorzutragen und sie habe dann bescheiden warten müssen, ob ihre Wünsche erfüllt würden. Und das nicht allein in Finanzierungsangelegenheiten! In der Beziehung gehe es der Stadtverwaltung ähnlich wie den alten Monarchen, die hätten auch vor ihren Hoffinanzieres Bücklinge machen müssen! (Allgemeine Heiterkeit!) Die Stadtverwaltung habe allen Grund, es nicht mit der Sparkasse zu verderben, sie freue sich über den Sparkassenneubau und hoffe, daß auch die Horster Bürger sich darüber freuen würden, und daß auch dieses Werk dazu beitragen werde, die Beziehungen zwischen den Stadtteilen enger zu gestalten.

Beigeordneter Schumacher

sprach als ehemaliger Bürgermeister von Horst den Dank des Stadtteils Horst für das schöne Geschenk aus, das dem Stadtteil durch den Sparkassenneubau gemacht worden sei. Er müsse die ernstzunehmende Horster Bevölkerung gegen den Verdacht, über den Bau unzufrieden zu sein, in Schutz nehmen. Es scheine bei einigen Horstern aber so zu sein, daß sie an allen Geschenken etwas auszusetzen haben müssen. Horst habe in den letzten Jahren viele Geschenke erhalten, erst durch die Restaurierung des Schlosses, dann die Rektoratschule, die der Gemeinde sozusagen von dem damaligen Buer geschenkt worden sei, nun mit dem Sparkassenneubau. Die Gemeinde Horst hatte aus eigener Kraft gar nicht daran denken können, sich solche Gebäude hinzustellen. Das würden auch die Horster Bürger einsehen und sich über den Neubau freuen.

Weiter sprach noch ein Vertreter der Baufirma, der besonders erwähnte, daß der Bau bisher ganz ohne Unfall verlaufen sei, und ein Arbeitervertreter, der die besten Wünsche für die Zukunft der Sparkasse überbrachte.

Bei dem gemütlichen Teil kamen auch die alten Bräuche des Handwerks zu Ehren.

Der Bau soll im Herbst bezugsfertig sein. Horst wird dann einen großen, modernen Verwaltungsbau haben, der sich neben den modernen neuen Zweckbauten in Gelsenkirchen und Buer durchaus sehen lassen kann.

M. Z.

Deutscher Metallarbeiterverband

Wir ersuchen die Metallschleifer, sich bei der Arbeitssuche nicht nach Gelsenkirchen zu wenden, da Gelsenkirchen wegen des Abwehrkampfes der Metallarbeiter gegen den Abbau des Akkordlohnes gesperrt ist.

Die Kampfleitung.

Strecken-Neubaupläne der Vestischen Kleinbahnen

Aber die Reichsbahn will nicht

Die Verwaltung der Vestischen Kleinbahnen plant schon seit längerer Zeit den Neubau zweier wichtiger neuer Strecken, ohne allerdings infolge sich zeigender Schwierigkeiten damit weiterkommen zu können. In dem einen Falle handelt es sich, da die Verhältnisse der Reichsbahnhöfe in Recklinghausen nicht den Verkehrsbedürfnissen entsprechen, und die Reichsbahn in absehbarer Zeit wohl kaum daran denken kann, hier durch Schaffung eines Zentralbahnhofs durchgreifende Besserung herbeizuführen, um die Möglichkeit, durch Zusammenarbeit von Reichsbahn und Kleinbahnen die Verhältnisse wenigstens so lange zu bessern, bis durch den geplanten Neubau eines Hauptbahnhofs Recklinghausen überhaupt andere Verhältnisse geschaffen werden. Die Vestischen Kleinbahnen vertreten die Auffassung, daß dem Reichsbahnhof Recklinghausen Ost mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, und zwar durch Kleinbahn-Zubringerlinien und durch gute Verbindung mit dem Hauptbahnhof Recklinghausen. Dann würden auch den Bahnhof Recklinghausen Ost berührende und den Hauptbahnhof Recklinghausen meidende Eilzüge die Bedeutung gewinnen, die man von ihnen bei ihrer versuchsweisen Einführung irrtümlich erwartet hat.

Diese doppelte Aufgabe würde gelöst werden, wenn das Netz der Vestischen Kleinbahnen um folgende Strecken ergänzt wird:

1. Heranführung der Straßenbahn Recklinghausen—Suderwich zum Bahnhof Recklinghausen Ost, um außer den jetzigen Linien 3 und 6 (Datteln—Suderwich—Recklinghausen—Marl—Dorsten) auch noch weitere Linien, und zwar die von Gladbeck kommende Linie 10 und die von Herten kommende Linie 1, dorthin zu leiten.
2. Schaffung einer neuen Straßenbahnlinie vom Bahnhof Recklinghausen Ost nach dem König-Ludwig-Viertel, Röllinghausen und Recklinghausen Süd unter Ueberquerung des Reichsbahngeländes östlich vom Bahnhof Recklinghausen Ost.

Die zweite wichtige Neubaustrecke, die von den Vestischen Kleinbahnen in Aussicht genommen ist, soll eine neue Verbindung über die Lippe ins Münsterland herstellen, und zwar ist im Anschluß an die heutige Strecke nach Marl von Polsum aus eine weitere Verbindung über die Lippebrücke beim Dorfe Herwest und Herwest nach Wulfen ins Auge gefaßt, um den östlichen Teil der Herrlichkeit Lembeck näher an das nördliche Industriegebiet, insbesondere das Mittelwest, anzuschließen.

Diese Pläne, die für den Verkehr zweifellos von großer Bedeutung sind, werden indessen einstweilen noch auf dem Papier stehen bleiben, da die Reichsbahngesellschaft in ihrer Eigenschaft als Kleinbahnaufsichtsbehörde die Zustimmung zu den Plänen ablehnt, weil sie vor allen Dingen bezüglich der Strecke nach Wulfen die Auffassung vertritt, daß die ins Auge gefaßte Strecke vorerst nur geringen Verkehr aufweisen würde und deshalb von einer Verzinsung des Anlagekapitals keine Rede sein könne. Diese Stellungnahme der Reichsbahn als Kleinbahnaufsichtsbehörde wird bei den Bewohnern des durch die neue Strecke für den Verkehr zu erschließenden Gebietes wenig Verständnis finden!

Demokratische Unzufriedenheit mit der Reichsparteileitung

Eine Entschließung der nordwestfälischen Demokraten.

Hamm, den 30. Juni 1930.

Der Wahlkreisvorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Nordwestfalen und Lippe beschäftigte sich in einer Vorstandssitzung in Hamm eingehend mit der gegenwärtigen Reichspolitik und der Stellung der Partei zu den schwebenden Fragen. Als Ausfluß der Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die dem Unwillen darüber Ausdruck gibt, daß die Reichsparteileitung es an der notwendigen Aktivität fehlen lasse; die Ergebnisse der Hallenser Tagung des Reichsparteiausschusses harren noch der Verwirklichung. Von Initiativanträgen der Partei zur Frage der Reichsreform, sowie der Reichsfinanz- und Steuerreform endlich auch der Wahlreform ist nichts festzustellen. Der Wahlkreisvorstand richtet an die Reichsparteileitung die entschiedene Forderung, endlich einmal mit diesen und vielen anderen Dingen Ernst zu machen und der Oeffentlichkeit zu zeigen, daß hinter schönen Reden und Programmsätzen auch ein entschiedener Wille zur Tat stehe.

◆ VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Singekursus

Zu dem vom Städtischen Jugendamt im Stadtteil Buer eingerichteten Singekursus können noch einige Teilnehmer zugelassen werden. Insbesondere die männliche Jugend, die sich bisher sehr zurückhaltend verhielt, wird zu reger Mitarbeit aufgefordert.

Der Kursus, der unter Leitung des bekannten Lautenspielers Robert Kothe steht, bezweckt die Weckung der Freude an alten, in Vergessenheit geratenen Liedern und Melodien. Die Teilnehmer sollen begeistert werden für die dichterischen und musikalischen Schönheiten des Volksliedes. Daneben sollen auch die Stimmen geschult und die Aussprache verfeinert werden. Die Uebungsstunden finden regelmäßig Donnerstags, um 20 Uhr, in der Oberrealschule Essener Straße Nr. 6 (altes Amtshaus) statt. Die Teilnehmergebühr ist sehr niedrig gehalten und beträgt monatlich eine RM.

Verbilligte Rheindampferfahrt nach Zons

Für die von der Kameradschaftlichen Vereinigung ehem. Kriegsgefangener, Gelsenkirchen, E. V., am 27. Juli 1930 geplante Rheindampferfahrt nach Zons a. Rh. sind bei folgenden Stellen Fahrtausweise zu haben: Verkehrsverein Gelsenkirchen, E. V.; bei Herrn Rösner, Grenzstraße 89; bei Herrn Reichmann, Kneebuschstraße 76; bei Herrn Oswald Fengler, Heinrichstraße 45; und bei Herrn Rohde, Glückaufstraße 20.

Der Fahrpreis beträgt einschließlich Eisenbahnfahrt für die Hin- und Rückfahrt für erwachsene Personen 4,50 RM, für Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren 2,25 RM, für Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren 3,25 RM.

Abfahrt von Gelsenkirchen Hbf. vormittags 5.57 Uhr, Rückkehr abends 23.46 Uhr.

Der Vorstand.

Gewerkschaftliches

Achtung! Rheinreise des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Wir teilen hierdurch sämtlichen Interessenten mit, daß die für den 9., 10. und 11. August dieses Jahres geplante Rheinreise leider nicht stattfinden kann, da auf Grund des ausgebrochenen Wirtschaftskampfes unsere Kollegen nicht in der Lage sind, die Kosten zur Teilnahme an der Fahrt aufzubringen.

Die bereits eingezahlten Beträge werden gegen Vorzeigung der Sparmarken auf unserem Verbandsbüro, Gelsenkirchen, Augustastraße 18, zurückgezahlt.

Wir hoffen, im nächsten Jahre bessere Verhältnisse zu haben, um das Versäumte nachzuholen.

Die Verbandsleitung.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Gelsenkirchen.

Die Kinderchorprobe fällt am Freitag aus, ebenso die Frauenchorprobe.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille" Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.



Unterhaltung und Wissen

Der Kreislauf schließt sich



von John K. Newnham

Biggs schüttelte den Kopf. „Bedaure," sagte er, „augenblicklich kann ich dir leider nicht aushelfen."

„Nicht einmal mit zehn Pfund?" flehte George Brown. „Ich brauche das Geld so furchtbar dringend. Mit zehn Pfund ist mir geholfen. Kannst du es es nicht doch zuwege bringen?"

Biggs zögerte. „Zehn Pfund? Brauchst du sie wirklich so notwendig?"

„Schrecklich notwendig," sagte Brown. „Und dann bist du mir doch auch diesen Betrag schuldig. Das scheinst du zu vergessen."

„Nun gut. Ich will mein möglichstes tun. Du bekommst das Geld noch in dieser Woche."

„Vielen Dank, mein Lieber!"

„Nicht der Rede wert."

Und Biggs machte sich auf den Weg, um seinen alten Freund Smith aufzusuchen. „Grüß dich Gott, alter Bursche," sagte er, „du erinnerst dich doch noch an die zehn Pfund, die du mir schuldig bist?" Smith nickte. „Ja — und . . .?"

„Und? Ich brauche das Geld so dringend. Kann du es mir nicht zurückgeben? Es ist wirklich sehr dringend."

Smith zog seine Brieftasche hervor und entnahm ihr zwei Zehnschillingnoten. „Das ist mein ganzer Besitz. Wenn dir damit gedient ist?"

„Nein. Kannst du wirklich nicht die zehn Pfund beschaffen? Du hast mir doch versprochen, sie mir in einigen Tagen zurückzugeben?"

„Gut," erwiderte Smith schicksalergeben. „Du brauchst sie doch nicht augenblicklich?"

„Nein, aber unbedingt noch in dieser Woche!"

„Also schön! Ich werde mein möglichstes tun. Servus!"

„Servus!"

Eine halbe Stunde später sprach Smith mit Jones. „Du bist mir noch zehn Pfund schuldig," sagte er zu Jones.

„Wirklich? Das bedeutet ja — so nehme ich an —, daß ich dich jetzt nicht um fünf Pfund anpumpen kann, wie es eigentlich meine Absicht war. Sehr bedauerlich!"

Smith wurde ärgerlich. „Ich habe deine Redensarten satt. Ganz im Ernst gesprochen: ich brauche die zehn Pfund wirklich dringend. Es geht um Tod oder Leben. Kannst du das Geld nicht doch bis Ende dieser Woche irgendwie beschaffen, alter Freund?"

„Na, wenn es wirklich so dringend ist, werde ich mein möglichstes tun. Ich werde es schon auftreiben."

„Also abgemacht?"

„Sicher."

Am gleichen Abend besuchte Jones seinen Klub. Als Logan eintrat, stürzte er auf ihn zu. „Einen Augenblick, mein Lieber, wenn ich dich bitten darf."

„Womit kann ich dir dienen?"

„Mit zehn Pfund."

„Zehn wa—a—a—s?"

„Mit zehn Pfunden, zehn Pfunden großbritannischer Währung!"

„Ich habe nicht einmal zehn Schilling, geschweige denn zehn Pfund. Du machst dich wohl luftig über mich?"

Jones' Augen funkelten. „Ich brauche zehn Pfund, und du bist mir zehn Pfund schuldig. Sei doch ein netter Kerl, Logan, und hilf mir aus der Klemme! Es ist eine Sache von ungeheurer Wichtigkeit. Und wenn du mir das Geld nicht gibst, machst du dich am Tode eines Menschen mitschuldig."

„Eine so ernsthafte Sache?"

„Noch ernsthafter!"

„Also bis wann brauchst du das Geld?"

„Unbedingt noch in dieser Woche. Wirst du es einrichten können?"

„Hoffentlich! Jedenfalls mein Ehrenwort, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht!"

Jones ergriff Logans Hand. „Bist doch ein reizender Bursche. Ich wußte ja, daß man sich auf dich verlassen kan."

Am nächsten Tage sprach Logan mit Weston. Weston schüttelte sein Haupt.

„Aber, wenn ich dir sage, daß ich das Geld haben muß."

„Ich habe es eben nich.."

„Du bist mir doch zehn Pfund schuldig!"



„Möglich. Aber wenn ich das Geld doch nicht habe. . . . Wozu brauchst du es denn so dringend?"

„Um ein Leichenbegängnis zu bezahlen. Wenn ich das Geld nicht auftreibe, muß ein Mann in einer Massengruft beerdigt werden, seine sieben Kinder müssen hungern, und sein zartes Weib muß betteln gehen. Es wäre sträflich!"

Weston kratzte seinen Kopf. „Nun, wenn es so ist. . . . Ich werde mein möglichstes tun!"

„Aber spätestens noch diese Woche!"

„Abgemacht! Was ich tun kann, wird geschehen!"

Und schon am Nachmittag besuchte Weston seinen alten Freund George Browin, dessen wir uns ja noch erinnern. „Ich brauche die zehn Pfund, die du mir schuldig bist," sagte er mit rauher Stimme, „ich brauche sie, um eine gänzlich verarmte Familie vor dem Hungertode zu retten!"

Aber er bekam die zehn Pfund nicht. Der Kreislauf hatte sich geschlossen. Denn George Brown brauchte ja selber zehn Pfund. Und auch er konnte sie nicht bekommen. Denn Biggs suchte ihn am nächsten Tage auf. „Es tut mir furchtbar leid," sagte er mit Grabesstimme, „ich kann dir das Geld nicht beschaffen. Einer meiner Freunde ist mir selbst zehn Pfund schuldig und will sie nicht zurückzahlen."

„So ein Schuft!" sagte Brown aus tiefstem Herzensgrunde.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Leo Korten.)

Die Postschlange

Die Uhr des Postamts Sultan-Valide-Brücke zeigt auf ½1 Uhr, als der Fellhändler Omar Fedjiz auf einen der Schüler im Innern des Gebäudes zuging, um Postwertzeichen einzukaufen. Mit ihm zusammen strebte auch der Schiffer Haman Schidi dem gleichen Schalter zu, den sich Omar erkoren hatte. Es warteten dort schon etwa fünfzehn Leute auf Abfertigung.

Omar und Haman langten zu gleicher Zeit bei dem hintersten Gliede der wartenden Schlange an und stellten sich zunächst nebeneinander auf, da sie einer den andern nicht unhöflich wegdrängen, aber auch nicht freiwillig vorlassen wollten. Nach kurzer Zeit aber kam Omar doch ein klein wenig vor Haman zu stehen.

„Mein gütiger Herr", meinte Haman betont, „eigentlich war ich noch ein wenig vor Ihnen hier. Wenn also schon einer vorkommt, so bin ich es."

Omar runzelte die Stirn. „Was sagst du, Sohn eines Hundes?" zischte er böse, „vor mir warst du da? Ich sage dir, Bürschchen, laß deine Späße oder du kannst mich kennenlernen."

„Ei", brüllte da Haman aufgeregt, „du sagst d u zu mir? D u ? Du erlaubst dir, mich mit d u anzureden? Du Sohn einer räudigen Katze, du? Was glaubst du denn, wer du bist? Bist du vielleicht einer von den Feinen, etwa weil du ein seidenes Tuch um deinen verdorrten Hals trägst, du Mißgeburt eines lahmen Esels? Gleich gehst du hier weg und stellst dich hinter mich!"

Da sich der Fellhändler selbstverständlich nicht im mindesten rührte, so schob sich der Schiffer einfach einen Platz vor, indem er Omar mit seinen mächtigen Pranken packte und ihn etwas zur Seite stellte. Dabei stolperte der widerspenstige Fellhändler wohl über Hamans Beine und fiel der Länge nach hin. Er gab gewaltige Schreie von sich, erhob sich aber rasch, tobte nun wie besessen und brüllte dem anderen die scheußlichsten Schimpfwörter zu. Der rührte sich nicht von seinem eroberten Platze. Omar wurde immer weißer im Gesicht. Plötzlich holte er aus und bohrte Haman seine Faust in die verhaßte Fratze. Haman, jetzt wieder in unendlicher Wut, packte des Fellhändlers Arm, riß den ganzen Kerl herbei und drehte den Arm, daß die Gelenke knackten und Omar sich zur Erde bog. „Schuft," kreischte er, „dir werde ich es geben! Ein Gauner bist d und feig und hinterlistig dazu. Aber jetzt kommst du mir überhaupt nicht mehr an den Schalter! Sofort scherst du dich hier weg, oder ich mache einen warmen Brei aus dir!"

Statt einer Antwort trat Omar, den der Schiffer immer noch am Arm hielt, den anderen ins Hinterteil.

Die Schlange vor dem Schalter war inzwischen kürzer geworden. Es waren jetzt nur noch drei Personen, die die beiden von den Schalterbeamten trennten.

Mittlerweile war es ein Uhr geworden. Der Beamte s c h l o ß s e i n e n S c h a l t e r. Die drei Wartenden machten ärgerliche Gesichter, gingen aber fort.

„Das ist Pech", meinte Omar.

„Diese verdammten Hundesöhne! die paar Leute hätten sie noch abfertigen können", erwiderte der Schiffer.

Dann schimpften sie noch eine Weile auf die Post und gingen zusammen fort.

Werner Lobbenberg.

Das auserwählte Volk der Nazis

„Wissen Sue vielleichd, warum die Sachsen mehr sind wie die andern Deudschn?"

„Was? Die Sachsen warn mehr wie die andern Deudschn? Das is ja Gwadsch!"

„Das is kar gee Gwadsch! Sähnse, alle Sachsen sinn Deudsche — awer nich alle Deudsche sinn Sachsen!"

Begründete Frage

„Diesen Sommer ging ich im Engadin spazieren. Plötzlich trat aus einer Felsspalte ein vermummter Mann hervor, hielt mir einen Revolver vor die Nase und schrie: „Gib mir deine Brieftasche her oder ich schieße dir das Gehirn aus dem Schädel!"

„Ah! Und hat er getan?"

Das Komödiantenschiff

Roman von Edna Ferber

Autoris. Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Gertrud von Hollander. 68] Gebrüder Enoch Verlag, Hamburg.

Aber man aß bei Jeff Hankins oder Mike McDonald vornehm und wählerisch nur ein paar Bissen von den reichlich aufgetragenen Leckerbissen. Der Anzug mochte ruhig schäbig sein, wenn er nur die Schneidermarke des einzig in Frage kommenden Maßateliers trug. Wenn man für Hetty Chilson nicht genug Geld hatte, so verschmähte man die Spelunken in der Bailer-Allee und Statestraße. Man badete, rasierte sich, machte Toilette, aß und trank genau so übertrieben sorgfältig, wenn man pleite war, als wenn einem das Glück lachte. Man rauchte milde Zigarren (ebenfalls ein ungeschriebenes Gesetz) und beim Spiel meistenteils kalt. Und eine Zigarre am Tage kann sich schließlich auch der Aermste leisten. Um zwölf Uhr mittags war man für gewöhnlich wach. Um zwölf Uhr Mitternacht war man auch wach. Irgendwann zwischen diesen Stunden schlief man den tiefen Schlaf dessen, der seinen Körper durch keine alkoholischen Exzesse vergiftet. Kurzum, man war ein Spieler und ein Gentleman.

Deshalb konnte man Gaylord Ravenal auch äußerlich gar nichts anmerken, als sie zwangsläufig von dem Komfort des Sherman Hotels in die schäbige Pension in der Ontariostraße zogen. Wenn seine Kumpane etwas von seinen finanziellen Schwierigkeiten wußten, so verrieten sie es mit keiner Silbe. Magnolia hatte keine Freundinnen. In dem ersten Jahr, das sie in Chikago wohnten, hatte sie an Gay und Kim reichlich genug gehabt. Das Kind war merkwürdig gesetzt für sein Alter und wirkte in seiner gewinnenden Ernsthaftigkeit komisch erwachsen.

„Weißt du, Gay", sagte Magnolia oft, „Kim gegenüber komme ich mir oft so dumm und kindisch vor. Wenn ich mich über irgend etwas amüsiere oder begeistert bin oder mich aufrege, weißt du, dann kann sie mich mit ihren großen Augen ansehen, daß ich mich beinahe schäme. — Gay, findest du denn nicht auch, daß sie . . ., ja, daß sie viel Aehnlichkeit mit Mama hat?"

„Gott soll mich bewahren", rief Ravenal fromm.

Kimm war Magnolias ganzes Entzücken. Ihr gehörten die Stunden etwa von zwölf Uhr vormittags bis vier Uhr nachmittags. Gemeinsam mit dem stämmigen Kindermädchen fuhren sie auf Entdeckungsfahrten aus und suchten sich so gut zu amüsieren, wie es innerhalb der Stadt nur möglich war. Kim wußte es gar nicht anders, als daß ihr Fräulein mit dem Finger auf den Lippen und Schweigen gebietenden Augen vor der verschlossenen Türe des elterlichen Schlafzimmers stand, um zehn, ja sogar um elf Uhr morgens. Und so stand es in dem kleinen Kopfe fest, daß dies die richtige und ganz normale Haltung war, um sich der Türe dieses stillen Zimmers zu nähern. Einmal hatte Magnolia in Nachthemd und seidenem Schlafrock spät am Morgen diese Türe plötzlich aufgemacht und davor das Kind gefunden. Es stand stillschweigend mit ernsten Augen da, während seine Lieblingspuppe, eine zarte Blondine, mit melancholischen Kalbsaugen steif in der Ecke gegen den Türrahmen lehnte. Dem bedauernswerten Puppenkind wurde von seiner strengen Mama in Blick und Miene Stillschweigen befohlen. Es lag etwas in diesem Anblick, daß Magnolia die Tränen in die Augen schossen. Sie riß das Kind in ihre Arme, küßte es leidenschaftlich und trug es fest an sich gepreßt zu Ravenal, der gähnend in seinem Bett lag.

„Gay, sieh doch nur. Sie stand draußen vor der Tür und befahl ihrer Puppe, ja keinen Lärm zu machen. Sie ist doch noch so klein. Wir kümmern uns nicht genug um sie. Findest du, daß ich mich zu wenig mit ihr abgebe? Sieht das kleine Ding vor der Tür! Und es ist beinahe Mittag. Ach, Gay, wir sollten nicht hier wohnen. Wir sollten in einem Hause wohnen — einem stillen kleinen Hause, wo sie ungestört spielen kann."

„Entzückend", sagte Gay. „Zum Beispiel in Thebes. Werde nur um Himmelswillen nicht sentimental, Magnolia. Ich dachte, das hätten wir nun glücklich hinter uns."

Seit dem Wechsel in ihrer Vermögenslage war unter anderem auch das englische Kindermädchen verschwunden. Sie war fort und mit ihr die Pferde, das flotte gelbe Coupé, die Veilchen, die grünen Samtkleider, die Logenplätze im Theater und der Champagner. Sie blieb auch fort, während die anderen entschwundenen Herrlichkeiten immer mal von Zeit zu Zeit wieder auftauchten. Es sollten bessere Zeiten kommen, aber auch noch schlechtere. Nachdem ihr eigentliches Vermögen einmal aufgebraucht war, kam in das Auf und Ab ihres Lebens beinahe eine gewisse Regelmäßigkeit und ein System. Uebergangsstadien kannten sie so gut wie überhaupt nicht. Es war immer Fest oder Hungersnot. Sie paßten sich ganz dem Lebensstil an, wie ihn die gewerbsmäßigen Spieler und ihre Familien führten. Ravenal hatte eine Glückssérie beim Pharo. Schnell Zimmer im Hotel Palmer. Eine Loge fürs Rennen. Theater. Nach dem Theater zum Souper ins Hotel Rector. Hallo, Gay! Guten Abend, Frau Ravenal. Heute abend sieht aber jemand entzückend aus! Ein neuer Sealmantel. Am Finger der Brillantring. Zwei neue Anzüge für Ravenal, natürlich von Billy McLean. Ein kleines Essen für Gays Freunde in der berühmten Weinstube von Cardinal Bemis in der Michigan-Allee. Dem Kardinal konnte man nichts weismachen.

Er fragte verbindlich: „Was für ein Essen befehlen Sie, Herr Ravenal?"

Wenn Gay erwiderte: „Ach — einen Cocktail und etwas Rotwein", dann wußte Cardinal Bemis, daß das Glück man nur so — so war, und daß das Essen gut, aber einfach zu sein hatte. Wenn aber Gay auf die taktvolle Anfrage großartig entgegnete: „Einen Cocktail, Cardinal Bemis, Rotwein, Sauterne, Champagner und Liköre", dann wußte Bemis, daß Ravenal eine ganze Glück serie hinter sich hatte, und bereitete junge Enten in Champagner, oder es gab junge Schnepfen oder Regenpfeifer mit allen möglichen Delikatessen und die berühmten gefrorenen Wassermelonen, die man ausgepreßt, mit Champagner gefüllt und einen Tag auf Eis gestellt hatte. In dicken scharlachroten Scheiben serviert, eine wahre Götterspeise.

Wenn ihnen das Glück günstig war, so suchte Magnolia ein wenig Geld beiseitezulegen, wie sie es schon damals in den ersten Monaten noch auf der B a u m w o l l b l ü t e instinktiv getan hatte. Aber sie hatte selten eigenes Geld. Wenn Gay etwas besaß, war er freigebig genug. Nur bares Geld gab er ihr nicht.

„Kaufe dir und der Kleinen ein paar anständige Kleider, Nola. Laß mir die Rechnung schicken. Der Kittel, den du da anhast, sieht schauerlich aus. Es kommt mir vor, als hättest du seit Monaten nichts anderes angehabt." Eine Behauptung, die leider zutraf. Die Großzügigkeit, mit der er den Grund dieser Tatsache ignorierte, war geradezu phantastisch. Sicher war es die ganze schlimme Zeit her, die soeben hinter ihnen lag, ihr einziges anständiges Kleidungsstück gewesen, und sie hatte es immer wieder gewaschen, gestopft und aufgeplättet, um es überhaupt tragen zu können. Ihre Erfahrung im Nähen kam ihr in solchen Zeiten sehr zugute.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Gegenstoß der Eisenbahner

Eine deutliche Antwort

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, hat zu dem bekannten Siemens-Brief an den Reichskanzler, der eine Unterstützung der politischen Absichten des deutschen Unternehmertums bezweckt, mit der folgenden Entschließung Stellung genommen. Der Beschluß wurde dem Reichskanzler übermittelt und den übrigen Reichsministern zur Kenntnis gegeben:

Der Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat bei seiner Darstellung über die Lage der Reichsbahn und die Höhe der Personalausgaben verschiedene wichtige Tatsachen, die gegen seine Forderung auf Herabsetzung der Löhne und Gehälter sprechen, vollkommen außer Betracht gelassen.

Der Rückgang des Verkehrs bei der Reichsbahn ist ein Folge der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Konkurrenz von Schiffahrt und Kraftwagen. Die damit verbundenen ungünstigen Wirkungen auf die Finanzlage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft werden durch die ständige Belastung des Unternehmens mit Reparationssteuern, Beförderungssteuern und sonstigen politischen Lasten verschärft. Diese Zahlungen sind fast unabänderlich und belasten bei sinkenden Einnahmen den Etat in steigendem Maße.

Demgegenüber hat die Reichsbahnverwaltung durch sofortige laufende Anpassung des Personalstandes an den verminderten Arbeitsumfang im Personaletat erhebliche Einsparungen erzielt. **So sind gegenwärtig bei der Reichsbahn 30 000 bis 40 000 Arbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahr. Auch die Zahl der Beamten ist dauernd zurückgegangen.** Die Personalkosten haben sich dadurch um mindestens 50 bis 80 Millionen Mark verringert. Hinzu kommen noch Ersparnisse durch die Feierschichten in den Werkstätten und sonstiger Personalmaßnahmen, die ebenfalls eine laufende Ausgabensenkung zur Folge haben. Außerdem kann die finanzielle Lage der Gesellschaft nicht so schlecht sein, wie es dargestellt wurde, da nach eigenen Angaben der Verwaltung verfügbare Reserven von mehr als einer halben Milliarde Mark vorhanden sein müssen.

Angesichts dieser Tatsachen weist der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands eine Darstellung zurück, die den Eindruck zu erwecken sucht, daß die Personalkosten der Reichsbahn unberechtigt hoch sind. Die angeführten Vergleiche mit den Personalausgaben in den Jahren 1913 und 1924 sind aus verschiedenen Gründen unhaltbar. Sie berücksichtigen weder die abnormal niedrigen Einkommen der Eisenbahner der Vorkriegszeit, noch die im Jahre 1924, auch nach Ansicht der damaligen Reichsregierung, viel zu geringen Löhne und Gehälter. Unberücksichtigt blieb bei der Darstellung im Schreiben des Dr. von Siemens auch die Tatsache, daß seit 1924 bei einem um 62 000 Köpfe verminderten Personalstand eine ungeheure Leistungssteigerung eingetreten ist, die im Durchschnitt mindestens ein Drittel beträgt.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner weist die Bestrebungen des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf Gehalts- und Lohnabbau mit aller Entschiedenheit zurück. Er hält sich aber auch für verpflichtet, die Reichsregierung auf die wirtschafts- und staatspolitischen Folgen dieser Bestrebungen, die zu einer weiteren Schwächung der Kaufkraft und damit zu einer Verschärfung der Wirtschaftswirrnisse führen, hinzuweisen. Der Einheitsverband ist jederzeit bereit, der Reichsregierung Vorschläge zur Verbesserung der Finanzlage der Reichsbahn zu unterbreiten.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands weiß sich in der Abwehr der geplanten Angriffe auf die Lebenshaltung der breiten Massen einig mit der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft Deutschlands und ist entschlossen, dem geplanten Lohn- und Gehaltsabbau mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten.

Es gibt sehr wohl Ersparnismöglichkeiten, wie auch aus dem Begleitschreiben zu dem vorstehenden, dem Reichskanzler übermittelten Beschluß des Einheitsverbandes hervorgeht. So sind zunächst schon im Personaletat der Reichsbahn beachtenswerte Ersparnismöglichkeiten vorhanden. Das sind z. B. die Leistungszulagen. Die Reichsbahn könnte da 24 Millionen Mark jährlich einsparen. Ein anderes: die Reichsbahn leistet sich auch heute noch Millionenausgaben für Bahnschutz-, Schieß- und Sportvereine und ähnliche Einrichtungen; sie dürfen mit 10 Millionen eher zu niedrig als zu hoch beziffert sein.

Wäre es nicht angebracht, einmal der Oeffentlichkeit auch die Prozentverhältnisse über die Preise für Sachausgaben mitzuteilen? Sehr schnell würde man erkennen, daß die Preisaufschläge der großen Lieferfirmen sehr viel mehr gestiegen sind als die Löhne.

Nach dem Personaletat für das Jahr 1930 waren für den Betriebs- und Verkehrsdienst 522 000 Köpfe vorgesehen. Die Direktionen sind jedoch angewiesen worden, die Kopfzahl um 20 000 zu kürzen. Außerdem wurden 20 000 bis 25 000 Zeitarbeiter nicht eingestellt; Tausende von Werkstättenarbeitern wurden entlassen; für etwa 74 000 Werkstättenarbeiter sind bereits zweimal Feierschichten vereinbart worden; die Zahl der Beamten wurde ebenfalls dauernd vermindert. Schließlich hat sich noch fast bei jedem Jahresabschluß ein wesentlicher Ueberschuß herausgestellt, und man darf annehmen, daß trotz der Wirtschaftskrise die Mindereinnahme geringer sein wird als die Schätzung.

770 Eisenbahnarbeiter gekündigt

WTB. **Mülheim,** 26. Juni. (Drahtmeldung.) In den Eisenbahndirektionsbezirken Trier, Köln, Elberfeld und Essen ist zum 1. 7. 770 Eisenbahnarbeitern gekündigt worden. Hiervon entfallen auf das Ausbesserungsamt in Mülheim-Speldorf 190, auf Dortmund 300, auf Schwerte 230 und auf Jülich 50 Mann. Am 27. 6. findet letztmalig eine Besprechung des G. D. E. (Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner) mit der Direktion in Köln statt. Man will versuchen, die gekündigten Arbeitnehmer an anderer Stelle unterzubringen, falls es nicht möglich sein sollte, die Kündigung gänzlich rückgängig zu machen.

Zum Preisaubbau

Die mitteldeutschen Industrie- und Handelskammern haben eine Entschließung gefaßt, in der sie sich gegen den Unfug der Eisenverbände wenden, die Eisenpreise auf Frachtbasis Oberhausen bzw. Neukirchen aufzubauen. Dieser Unfug wirkt sich dahin aus, daß z. B. der mitteldeutsche Verbraucher mit der Fracht von Oberhausen bis zum Verbraucherort belastet ist, obwohl das von ihm verbrauchte Eisen in seinem Wirtschaftsbezirk produziert wird. Es handelt sich um eine ungerechtfertigte Verteuerung. In der Entschließung wird deshalb u. a. gesagt, daß die gekennzeichnete Regelung die Konkurrenzfähigkeit der Eisenverarbeiter beeinträchtigt.

Die Handelskammern geben der Regierung Brüning-Schiele einen wertvollen Fingerzeig, um die vielbesprochene Preissenkungsaktion zu fördern. Wir glauben aber nicht daran, daß das Kabinett sich daran macht, den Unfug der Frachtbasis Oberhausen aus der Welt zu schaffen.

Von Preissenkung noch nichts zu spüren

Die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt im Juni 147,6 v. H. der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Steigerung 0,6 v. H. Wenn darin auch die vierprozentige Mietenerhöhung vom 1. Juni steckt, so sieht man doch, daß die Versuche zu einer allgemeinen Preissenkung bisher keinen Erfolg gehabt haben.

„Die Arbeit",

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 6 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich RM. 3,60, für Organisationsmitglieder RM. 2,85.

In dem harten Kampf, der gegen den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Deutschland geführt wird, ist es eine wertvolle Waffe, die Maßnahmen zu kennen, die für die Arbeitslosen in anderen Ländern getroffen worden sind. In einem klargegliederten Aufsatz spricht der Sekretär der Forschungsstelle der britischen Arbeiterpartei, G. Grant Mc Kenzie über das System der „Staatlichen Fürsorge für die Arbeitslosen in Großbritannien". Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß sich die englische Arbeiterbewegung gegen ähnliche Angriffe zu wehren hat, wie sie bei uns in Deutschland gegen diesen neuesten Zweig der Sozialversicherung geführt worden sind.

Dr. E. W. Eschmann, der Verfasser des neuesten Buches über den faschistischen Staat in Italien behandelt aus eingehender Kenntnis des lebendigen Rechts „Die Lohnfestsetzung im faschistischen System".

Dr. v. Ungern-Sternberg erörtert in einem Aufsatz „Sowjetrußland" das Problem der Diktatur und die Lage der russischen Wirtschaft.

In den sehr eingehenden, durch eine Fülle von Einzelheiten belebten Ausführungen beschäftigt sich der Referent für Arbeitswissenschaft und Rationalisierungspolitik bei der Wiener Arbeiterkammer, Hans Mars, mit den „Neuen gewerkschaftlichen Aufgaben", die sich für die Gewerkschaften auf dem Gebiet der Produktions- und Betriebspolitik ergeben. Aufgaben, die auf wissenschaftlichem wie auf praktischem Gebiete liegen.

In die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung führt ein Artikel von Richard Seidel zurück, der das historisch bedeutsame Thema „Streiks als Wegbereiter der Gewerkschaften" untersucht. Er setzt auseinander, wie sich für das Bewußtsein der Arbeiter in jenen Anfangsjahrzehnten Streik und Organisation zu einander wie Zweck und Mittel verhielten. War dem Zweck (dem Streik) Genüge geschehen, so erschien das Mittel, die Organisation, überflüssig und verlor an Interesse.

Der letzte Aufsatz ist der 1. Teil einer Untersuchung aus der Feder des Altmeisters der deutschen Soziologie, Ferdinand Tönnies, der, gestützt auf reiches statistisches Material, das insbesondere in dem 2. Teil verarbeitet ist, über den „Reichtum und seine Verteilung" aufschlußreiches, historisches Material, insbesondere für die Vorkriegszeit, beibringt.

In der „Rundschau der Arbeit" berichtet Franz Spliedt in der sozialpolitischen Chronik ausführlich über die Gesamtsituation, den Arbeitsmarkt, die Finanzen der Reichsanstalt, den Kampf um den Arbeitslosenschutz, die Reform der Krankenversicherung und die Kämpfe gegen das Lohnniveau.

Eine kurze Schriftenübersicht bildet den Schluß des Heftes.

Kürzung von Leistungszulagen und Gehaltskürzungen bei schlechter Konjunktur sind unzulässig

Der Butab teilt mit:

Einem unserer Kollegen wurde die ihm vorher gewährte Leistungszulage anläßlich der Erhöhung der Tarifgehälter um diese Erhöhung gekürzt, weiter erhielt er in einer Zeit schwacher Beschäftigung 150 RM. weniger Gehalt als vorher. Schließlich ist ihm eine sonst übliche Weihnachtsgratifikation nicht bezahlt worden.

Die von unserem Bunde beim zuständigen Arbeitsgericht durchgeführte Klage hatte den Erfolg, daß die Firma zur Zahlung von rund 1500 RM. verurteilt wurde. In dem Urteil ist ausgeführt, daß das Gehalt des Klägers von der Firma so festgesetzt wurde, daß es eine Leistungszulage von monatlich 46 RM. zu enthalten habe. Diese Leistungszulage sei automatisch, da sie nicht gekündigt worden sei, auch nach Erhöhung des Tarifgehaltes zu zahlen. Wenn der Kläger damit einverstanden gewesen sei, daß ihm während der Winterruhe niedrigere monatliche Beträge ausgezahlt worden seien, so habe er damit keinen Verzicht auf die Differenzsumme ausgesprochen, dieselbe der Firma lediglich gestundet. Dasselbe trifft zu auf die Weihnachtsgratifikation.

Aehnliche Urteile in Bezug auf die Nichtanrechnungsfähigkeit von Leistungszulagen auf Tariferhöhungen liegen auch von anderen Gerichten vor. Daß eine Verminderung des Gehaltes während der Wintermonate, insbesondere, wenn dadurch das Tarifgehalt unterschritten ist, nur als Stundung eines Gehaltsteiles aufgefaßt werden kann, ist selbstverständlich. — Wir haben Grund zu der Annahme, daß derartige Gehaltsstundungen und rechtlich unwirksame Kürzungen von Leistungszulagen in den letzten Monaten im Baugewerbe ziemlich häufig vorgekommen sind. In solchen Fällen ist den Kollegen zu empfehlen, die Auszahlung der gestundeten Beträge von ihren Arbeitgebern spätestens bei Hebung des Beschäftigungsgrades, sollten sie ihre Stellung schon früher aufgeben, bei ihrer Entlassung oder Kündigung zu verlangen, wenn notwendig, die entsprechende Summe einzuklagen.

16 Prozent Schuhdividende

„Salamander"-Trust mit 32 Millionen Kapital.

Die Generalversammlung der J. Sigle und Cie. Schuhfabriken A.-G., Kornwestheim (Marke „Salamander"), beschloß die Gründung einer Salamander-Aktiengesellschaft mit 32 Millionen Kapital und einem Reservefonds von 3.2 Millionen, der in Gestalt des jetzt auf 4.5 Millionen angeschwollenen Reservefonds der Sigle A.-G. bereits zur Verfügung steht. Die bisherige Fabrikationsgesellschaft des Konzerns verteilt dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend 16 (im Vorjahre 14) Prozent Dividende.

Westdeutsche Industrie

Rheinische Stahlwerke A.-G., Essen

Die H. V. genehmigte den bekannten Jahresabschluß. Der Vorsitzende bezeichnet das Jahresergebnis als das Resultat der Rationalisierungsarbeiten mehrerer Jahre.. Die Auskehrung einer höheren Dividende sei durch den vollendeten Ausbau der Anlagen möglich gewesen. Man könne auf Grund dieser Tatsache der Schwere der Zeit ruhig entgegensehen. Selbstverständlich ohne übertriebenen Optimismus. Zur derzeitigen Geschäftslage bemerkte sodann Generalsekretär Haßlacher, daß die Lage auf dem Kohlenmarkt unbefriedigend sei. Die gesamte Fördermenge — alles in Kohle gerechnet — betrage zurzeit 250000 To. Brennstoff, was einer Förderung von drei Wochen entspreche und einen Wertbetrag von 4 Millionen RM. darstelle. Mit dem fortschreitenden Absatzrückgang habe sich auch Rheinstahl zu Entlassungen entschließen müssen. Erst in den letzten Tagen habe man auf den Zechen Arenberg Fortsetzung das Zweischichtensystem auf ein Einschichtensystem reduzieren und daher erneut Antrag auf Entlassung von rund 1000 Arbeitern stellen müssen.

Bericht der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Ruhrort

In der Gesamtlage der Wirtschaft des Kammerbezirks trat auch im Juni noch keine Besserung ein, vielmehr zwang der Absatzmangel, namentlich in den Produktionsmittelindustrien eine Reihe von Betrieben zu weiteren Einschränkungen der Erzeugung. In der Gesamtlage der Großeisenindustrie hat sich der wirtschaftliche Tiefstand in unveränderter Stärke gehalten.

Der Zentralverband der Schornsteinfegergesellen

hielt in den letzten Tagen der vergangenen Woche im Münchner Gewerkschaftshaus seine 12. Generalversammlung ab. Zahlreiche Delegierte aus ganz Deutschland hatten sich eingefunden. Von den auswärtigen Kollegen überbrachten Nielsen-Dänemark, Lounduist-Schweden, Zahn-Oesterreich und Jegen-Schweiz die Grüße und Glückwünsche ihrer Organisationen.

Der Verband hat, wie man dem Geschäftsbericht entnehmen konnte, mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihm steht eine geradezu mittelalterlich anmutende Unternehmerorganisation in den Innungsverbänden gegenüber. Besonders deutlich trat das in dem Vortrag von Vogt-Berlin über den „Gesellenausschuß und seine Aufgaben" hervor. Heute ist dieser Ausschuß immer noch zur Einflußlosigkeit verurteilt. Trotz der Schwierigkeiten konnte der Verband im verflossenen Jahr ansehnliche Erfolge buchen. Von den 22 Lohnkämpfen, die er im Angriff führte, brachten 19 positive Resultate. Die Organisation zählt zur Zeit 64 Ortsgruppen mit rund 3000 Mitgliedern.

Der Verbandstag der Schuhmacher

in Magdeburg nahm in seiner am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Schlußsitzung eine bedeutsame Statutenänderung vor, wonach auch die Erwerbslosen- und Invalidenmarken als Mitgliederbeiträge für die Wahlen zum Verbandstag gelten. Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft. — Vorstand und Redakteur, die unbesoldeten Vorstandsmitglieder und der Ausschußvorsitzende wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandsvorsitzende Simon gab dem Wunsche Ausdruck, daß man mehr Frauen zum Verbandstag delegieren möge. Diesmal sei eine einzige Frau die Vertreterin von Zehntausenden weiblicher Mitglieder gewesen. In seinem Schlußwort hob Simon mit besonderem Nachdruck die Sachlichkeit der Verhandlungen des Verbandstags hervor. Von Tagung zu Tagung sei man sich einander näher gekommen. Auch die Kritik der ideologisch Anderseingestellten habe gezeigt, daß auch sie das ehrliche Streben der Mehrheit der Mitglieder zum Wohl des Verbandes immer besser würdigen.

Der Ausklang des Verbandstags war ein packender Beweis für die Einmütigkeit und Stärke des freigewerkschaftlichen Schuhmacherverbandes.

Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband

beschloß auf seinem Rotterdamer Verbandstag die Schaffung einer Pensionskasse. Sie soll allen Metallarbeitern, die das 65. Lebensjahr erreicht haben und dem Verband 25 Jahre angehören, eine Altersrente von 3 Gulden pro Woche sichern.

Zwei Monate Kampf

2. Mai: Der volksparteiliche Finanzminister Dr. Moldenhauer kündigt im Reichstag den Abbau der Arbeitslosenversicherung an. Spätestens 1931 müsse die Versicherung frei von Reichszuschüssen werden.

2. Mai: Der Präsident der Reichsanstalt für AV. erklärt in einer Pressebesprechung, daß aus den Beitragseingängen beim gegenwärtigen Satze von 3½ Proz. etwa 980 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgt werden könnten. Dazu kommen noch 150 Mill. Reichszuschüsse und 50 Mill. Industrieaufbringungsumlage. Diese Mittel zusammen reichen für 1 170 000 Unterstützungsempfänger. Die 30 Mill. aus dem Lohnsteueraufkommen seien ein unsicherer Posten. Ersparnisse ließen sich nur durch Leistungsabbau erzielen.

5. Mai: Der Bundesvorstand des ADGB. erklärt in einer Entschließung, daß es „zurzeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinigten bürgerlichen Parteien abzuwehren".

14. Mai: Der Abgeordnete Aufhäuser (SPD.) erklärt als Berichterstatter des Haushaltsausschusses, daß der neue Etat in der Arbeitslosenversicherung überhaupt keine Sanierung zeige. Es fehlen mehrere 100 Mill. Mark für 1930. Die in der Krisenfürsorge vorgesehenen 150 Mill. reichten knapp für 200 000 Erwerbslose. 55 Mill. für produktive Erwerbslosenfürsorge seien unzulänglich.

14. Mai: Die Anträge der SPD. im Haushaltsausschuß, den Betrag für die Krisenunterstützung von 150 auf 225 Mill. und für die werterschaffende Arbeitslosenfürsorge von 55 auf 80 Mill. zu erhöhen, werden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

14. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald (Zentrum) kündigt eine Beitragserhöhung um mehr als ¼ Proz. an. Ein Notopfer zur Finanzierung der Krisenfürsorge sei abwegig.

14. Mai: Bei Fertigstellung des Gutachtens der Reichsanstalt wird gegen die freien Gewerkschaften beschlossen: Beitragserhöhung auf 4 Proz., Leistungsabbau für Erwerbslose, die nicht 52 Wochen Anwartschaft erreichten, Beseitigung der Unterstützung für Jugendliche unter 17 Jahren und für über 65 Jahre alte. (Die freien Gewerkschaften waren nur für Beitragserhöhung, wenn keine Leistungsverschlechterungen eintreten sollen.)

22. Mai: Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Infolge der großen Meinungsverschiedenheiten kommt es zu keiner Einigung.

25. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald gibt einen Erlaß über die Dauer der Krisenunterstützung heraus. Er enthält nichts über eine Ausdehnung des Personenkreises oder eine Verlängerung der Bezugsdauer. Er bringt in Erinnerung, daß die Bezugsdauer von 36 Wochen zu reichlich sein könne und auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt werden kann, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sei, innerhalb des verkürzten Zeitraumes sich durch sein Bemühen eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge.

31. Mai: Im Haushaltsausschuß teilt Genosse Dr. Hertz mit, daß ein besonderer Sparkommissar für die Reichsanstalt bestellt worden sei, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Reichsanstalt aus öffentlichen Mitteln 25 000 Mark Einkommen habe, die durch seine Tätigkeit als Arbeitslosenparkommissar auf 43 000 Mark erhöht würden.

4. Juni: Der Bundesvorstand des ADGB. verlangt in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister dringend die zeitliche und personelle Erweiterung der Krisenfürsorge, da eine Anzahl Gemeinden keine Wohlfahrtsunterstützungen mehr zahlen können.

5. Juni: Das Reichskabinett beschließt, den Vorschlag der Reichsanstalt zum Gesetzentwurf zu erheben mit folgenden Aenderungen: Beitragserhöhung von 3½ auf 4½ Proz., Verlängerung der Karenzzeit für Ledige auf 14 Tage, Verlängerung der Sperrfrist von bisher 4 Wochen auf 26 bzw. 52 Wochen, Herabsetzung der Bezüge der besser bezahlten Arbeiter und Angestellten um zwei Klassen, Herausnahme der Jugendlichen bis 16 Jahre aus der Versicherung, Versicherungsfreiheit für Arbeitergruppen mit geringfügiger Beschäftigung (Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich, Verdienst nicht über 10 Mark). Außerdem soll ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für mehrere hunderttausend Arbeiter (Kosten über 2 Milliarden Mark) vorgelegt werden.

5. Juni: Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, weist in einer Pressekonferenz auf das katastrophale Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen hin. Ihre Zahl hat sich von Januar bis Ende April von 271 000 auf 328 000 erhöht. Nach dem gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtserwerbslosen ergibt sich eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark jährlich. Eine Erweiterung der Krisenfürsorge sei deshalb dringendes Gebot.

5. Juni: In einer Besprechung mit den Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenfürsorge für alle Berufe fordern, erklärt Stegerwald, das Reich könne nur „im Rahmen des Möglichen" helfen.

13. Juni: Die Wirtschaftspartei beantragt im Reichstag, einen Teil der Vorschüsse an die Arbeitslosenversicherung in Gutscheinen auf Lebensmittel, in erster Linie auf Roggenbrot, auszustellen.

16. Juni: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßt eine Entschließung zur gegenwärtigen Krisenlage, in der es u. a. heißt: Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung untergräbt nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Landflucht, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo für sie kein Bedarf ist.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf in 24 Paragraphen eingebracht, der die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht fordert.

18. Juni: In der Deckungsvorlage der Reichsregierung zur Ausgleichung des Fehlbetrages, wird der Ertrag der Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung auf 194 Millionen und der Ersparnisse durch Reformen (d. h. Leistungsabbau) auf 115 Millionen geschätzt.

18. Juni: Die preußische Regierung schlägt im Reichsrat vor, die Beamten und Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8400 Mark beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt heranzuziehen, weiterhin durch Ausbau des Ledigennotopfers eine Mehreinnahme von etwa 50 Millionen zu schaffen.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der SPD. lehnt das Deckungsprogramm der Reichsregierung ab und beauftragt den Fraktionsvorstand, ein eigenes Deckungsprogramm auszuarbeiten.

Die kommunistische Drehscheibe

Die Fraktion der KPD. erklärte bei der Beschlußfassung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 7. Juli 1927, daß das Gesetz ein „neuer Verrat an der Arbeiterklasse" sei. Sie lehnte es entschieden ab, gemeinsam mit den Reaktionären der verschiedensten Scharfmachergruppen! — Der KPD.-Abgeordnete Rädel erklärte dazu: „Die KPD.-Fraktion läßt keinen Zweifel darüber, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Nach wie vor wendet sich die KPD. gegen das Versicherungsprinzip und vertritt den Standpunkt, daß dem Staate und dem Unternehmertum die Fürsorgepflicht ... obliegt."

In konsequenter Fortsetzung dieser Haltung stimmten die Kommunisten dann auch noch Ende 1929 gegen die Versicherung der Heimarbeiter und der Lehrlinge und lehnten schließlich unter dem Beifall sämtlicher Unternehmergruppen die Meldepflicht der Unternehmer für die in ihrem Betrieb offenen Arbeitsstellen ab.

Aber schon kurze Zeit darauf, als man sah, daß die Erwerbslosen trotz des KPD.-Geschreis unbedingte Anhänger des von den „sozialfaschistischen Arbeiterverrätern" erkämpften Gesetzes waren, lernte man ebenso entschieden um und wurde, auf die Vergeßlichkeit der Anhänger pochend, begeisterter Anhänger des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des angeblich „neuen Verrats an der Arbeiterklasse".

In einem Artikel „Kampf ums Brot" in der „Roten Fahne" erklärte der KPD.-Führer Paul Merker, daß der Angriff auf das Erwerbslosenversicherungsgesetz ein erster Schritt zur Bekämpfung der Sozialversicherung überhaupt sei, und energisch bekämpft werden müsse.

Noch deutlicher wird ein Aufruf des Zentralkomitees der KPD., der die (durch die merkwürdige Haltung der KPD. geförderte) Absicht der Unternehmer, die Erwerbslosenversicherung abzubauen, einen „neuen Schlag gegen die Lebenslage der Arbeiter und Erwerbslosen" nennt. „Alle sozialen Einrichtungen, Kranken- und Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw. werden brutal abgebaut", stellte das ZK. der KPD. fest.

Zur Erhaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes empfiehlt die „Rote Fahne" den Massenstreik. Dieser wurde auch befehlsgemäß bereits am anderen Tage von einer Delegiertenkonferenz angeblich Erwerbsloser in Berlin beschlossen.

Bis heute wurde niemals ein ernster Versuch gemacht, diese Parolen durchzuführen. Der Beschluß blieb wie üblich unausgeführt. Ausgeführt werden nur Beschlüsse gegen „Sozialfaschisten". Der Klassenkampf ist ihnen ein Kampf innerhalb der Klasse, mit anderen Klassen zu kämpfen hat man aufgegeben

Erwerbslosen-Tribüne

Informations-ORGAN für Erwerbslose

Erwerbslose Frauen

Millionen fordern:

Schluß mit dem Beraten — Arbeit, Arbeit!

Ein trostloses Bild: immer noch weit über zweieinhalb Millionen Arbeitslose, von denen bereits mehr als 350 000 ausgesteuert sind und Wohlfahrtsunterstützung beziehen, während 300 000 oder 400 000 Menschen gänzlich ohne öffentliche Hilfe leben müssen. 400 000 Verhungernde, stummes Elend! Und noch steigt die Arbeitslosigkeit!

In allen Lagern herrscht Einigkeit darüber, daß die Arbeitslosigkeit das Zentralproblem unserer Tage ist. Mit Recht heißt es in der „Justiz":

„Am Arbeitslosenproblem hängt heute in Deutschland alles. Denn seine Lösung ist keine Spezialösung, sondern erheischt Grundlösungen, die nur durch die politische und soziale Erneuerung Deutschlands überhaupt geschaffen werden können."

Freilich: Die Einstimmigkeit der Parteien und Verbände über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist auch nur grundsätzlich. Ueber das „Wie" gehen die Meinungen sehr auseinander. Die Unternehmer haben eine Patentlösung gefunden: „Senkt ihr die Löhne, dann senken wir (eventuell) die Preise."

Die Wirtschaftspartei gar erblickt die Lösung in der Arbeitsdienstpflicht. Beide Gruppen übersehen, daß diese Pläne nicht die Kernfrage, die Hebung der Massenkaufkraft, lösen.

Die Reichsregierung, die eigentlich führend sein sollte, hat auch auf diesem Gebiet ihre Unfähigkeit zur Führung erwiesen. „Die Regierung erwägt", das ist seit Wochen die stereotype Phrase in den Kommentaren über die Haltung der Regierung zur Wirtschaftsbelebung. Die Bürgerblockregierung hat bereits vor längerer Zeit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Es würde sicher helfen, einen Teil der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Leider hat es drei Hauptfehler, die dem Programm seine ganze Wirkung nehmen.

Vorbedingung der Arbeitsbeschaffung ist Geldbeschaffung. Das Deckungsprogramm der Regierung ist jedoch so unsozial, so unmöglich, daß es vom Volke abgelehnt wird — Das Deckungsprogramm, aber auch die anderen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Brüning-Kabinetts, von der Steuerpolitik bis zur Lohnsenkungsaktion, sind so konsequent auf die Schmälerung des Einkommens der Massen, also auf Kaufkraftschwächung, gerichtet, daß ihre Durchführung im Endeffekt mehr Arbeitslosigkeit denn Arbeit schaffen würde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat soeben

ein ernsthaftes Wirtschaftsprogramm

aufgestellt, das allein den Weg aus dem Chaos führen kann, wenn nicht die Werktätigen unermeßliche Opfer bringen sollen.

Dieses Programm stellt fest, daß eine Einkommenssenkung der Werktätigen die Wirtschaft nicht beleben kann, sondern die Krise verschärft.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit durch vernünftige Handelspolitik und Zollfrieden, Diskontsenkung, langfristige Kredite, Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Forcierung des Kleinwohnungs- und Straßenbaues, Erneuerung und Erweiterung der Verkehrsanlagen, Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, Sicherung des Achtstundentages und darüber hinaus weitere Verkürzung der Arbeitszeit sowie stärkste Einschränkung der Ueberstundenarbeit.

Die Sozialdemokratische Partei hat damit ein klares, allen verständliches Ziel aufgestellt. Sie verlangt, gestützt auf die Millionenzahl ihrer Anhänger und die Not im Volke, daß es durchgeführt, daß es sofort durchgeführt wird, ehe die Krise weitertreibt.

Die Sozialdemokratie greift entschlossen den Ruf der Millionen auf:

Schluß mit dem Beraten — Arbeit! Arbeit!



Im Wohlfahrtsamt

Hilfe für die Arbeitslosen!

Arbeit für die erwerbslosen Massen zu verschaffen, ist unbestreitbar die nächste und wichtigste Aufgabe. Darüber darf aber nicht die Sorge um die Unterstützung der nicht Arbeitenden, Fürsorgebedürftigen vergessen werden. Es gibt leider gewisse Kreise, die die Not nicht sehen wollen und denen mehr an sanierten Kassen als an der Hilfe für Hungernde liegt.

Gewiß hat das Reich große Zuschüsse leisten müssen und ist selbst, ebenso wie die Reichsanstalt, in sehr bedrängter Lage; bei jeglichem Sanierungsplan muß jedoch im Vordergrund stehen:

die Not der Erwerbslosen zu lindern.

Wir geben an anderer Stelle der „Erwerbslosen-Tribüne" eine Zusammenstellung des Kampfes um die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung. Regierung, Vorstand der Reichsanstalt, Unternehmertum und bürgerliche Parteien sieht man in dieser Chronik vereint bemüht, die Sanierung der Reichsanstalt und der Reichskassen auf Kosten der Erwerbslosen vorzunehmen.

Man versucht, bei den Aermsten und Elendesten Pfennige herauszuschinden, um nur ja nicht den Wehretat, die hohen Pensionen oder sonstige Heiligtümer des Bürgertums auch nur um ein Jota zu kürzen.

Aber alle diese Abbau-„Reformen" der Versicherung, so unverschämt und rigoros sie sind, sie würden der Reichsanstalt doch nicht endgültig helfen. Sie versuchen, schematisch Abstriche vorzunehmen, ohne dem Grundübel beizukommen.

Ein Vorschlag.

Als einziger Vorschlag, der der Reichsanstalt eine organische Entwicklung und Sanierung, zugleich den Erwerbslosen keine Minderung der Leistungen bringen würde, liegt der Plan des Genossen Dr. Rawicz vor, der in der Arbeiterpresse lebhaft begrüßt wurde. Wir müssen uns mit der Wiedergabe der Grundgedanken begnügen (die umfassende Untersuchung erschien in der „Gesellschaft", Mai 1930):

Erweiterung des zwangsversicherungspflichtigen Personenkreises durch Einbeziehung aller oder eines Teiles der von der Arbeitslosenversicherung befreiten Arbeitnehmer, regelmäßige Reichsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung, Festlegung des Höchstbetrages, der zusammen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich aufgebracht werden muß, unter voller Berücksichtigung der veränderten Ursachen der Arbeitsmarktentwicklung und insbesondere des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen aufsteigender Wirtschaftskonjunktur und gleichzeitig absteigender Arbeitsmarktentwicklung, unbeschränkte Darlehnspflicht des Reiches in Notzeiten mit der Maßgabe, daß diese Darlehen aus einmaligen substantiellen Sondersteuern aufgebracht werden müssen (Vermögenssteuer-, Erbschaftssteuer-Sonderumlage), um die Balance des Reichsetats in keinem Zeitpunkt aus der Arbeitslosenversicherung heraus zu gefährden.

Das Kernstück dieses Vorschlages liegt in der Forderung von regelmäßigen Reichsbeiträgen und in der Hilfe des Reichs in Notzeiten auf dem Wege substantieller Sondersteuern.

Die Reichsbeiträge will Rawicz auf die Unterstützтenzahl abstellen, und zwar etwa in der Form, daß das Reich für jeden Hauptunterstützten, der im Monatsdurchschnitt nach einem bestimmten Verfahren festgestellt wird, z. B. 20 Mk. an die Reichsanstalt abführt.

Dieses System variabler Reichsbeiträge, gemessen an der Unterstützтenzahl, sei auch für die Reichsfinanzen deswegen nicht so bedenklich, weil der annähernde Zuschußbetrag für jedes Jahr wenigstens mit einiger Sicherheit bestimmt werden könne. Entscheidend ist für Rawicz der Gesichtspunkt, daß die Mittel zur Behebung **vorhersehbarer** Notstände aus dem Volks**einkommen** und die zur Abstellung **unvorhersehbarer** Notstände ganz besonderer Art aus dem Volks**vermögen** aufzubringen sind.

Das Verlangen nach Arbeit

Eine Konferenz der Erwerbslosenkommission der freien Gewerkschaften, der SPD.-Fraktion usw. in Görlitz beantragte zur Linderung der Erwerbslosennot, daß die Grenze der Invalidität von 66⅔ auf 50 Prozent der Erwerbsfähigkeit herabgesetzt und daß Empfänger von Invalidenrenten aus dem Produktionsprozeß genommen und ihnen eine höhere Rente gewährt wird. Die Arbeitszeit ist auf 5 Tage pro Woche herabzusetzen. Pensionsempfänger dürfen nicht beschäftigt werden, auch nicht als Händler oder Vertreter.

Ferner wurde die sofortige Beschaffung von Arbeit verlangt, (Ausbau von Straßen, die fast nur durch die Löhne Kosten verursachen).

*

Wie alt sind die Arbeitslosen?

Wie steht es eigentlich mit der Alterszusammensetzung des Millionenheeres der Arbeitslosen. Wie alt sind sie? Werden die Jugendlichen, die Erwachsenen und die älteren Arbeiter in gleichem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen? Oder wird eine Altersgruppe besonders schwer belastet? Das sind die Fragen, die in der neuesten Statistik der Reichsversicherungsanstalt beantwortet werden.

In der Arbeitslosenversicherung verteilen sich die 1 521 361 Hauptunterstützungsempfänger auf die folgenden Altersgruppen:

14—21 Jahre . .	213 607	gleich	14,0	Proz.
21—45 „ . .	987 611	„	64,9	„
45—60 „ . .	250 818	„	4,6	„
über 60 „ . .	69 325	„	1,6	„

Mehr als zwei Drittel der männlichen Arbeitslosen befinden sich im Alter von 21 bis 45 Jahren. Unter diesen erwachsenen Arbeitslosen wieder- um werden die 21- bis 25jährigen und die 25- bis 30jährigen am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen machen allein 34,9 Proz. des gesamten männlichen Erwerbslosenheeres aus.

Nicht anders ist es in der Krisenunterstützung. Bei dieser Gruppe von Arbeitslosen scheiden die Jugendlichen aus, weil sie keinen Anspruch auf Krisenunterstützung haben. Hier verteilen sich die 244 767 männlichen Krisenempfänger auf folgende Altersgruppen:

21—45 Jahre . .	168 725	gleich	68,9	Proz.
45—60 „ . .	56 480	„	23,1	„
über 60 „ . .	19 563	„	8,0	„

Wieder das gleiche Bild: auch in der Krisenunterstützung stellen die Arbeiter in den mittleren Jahren den höchsten Prozentsatz: über zwei Drittel aller Krisenempfänger sind noch nicht über 45 Jahre alt. Auch hier stehen die 25- bis 30jährigen an der Spitze. Sie allein stellen 18 Proz. der Krisenunterstützten.

Es sind wertvollste Arbeitskräfte, die auf der Straße liegen. Männer in den besten Jahren dürften nach Arbeit; sie müssen zusehen, wie die Frau, die Kinder Not und Hunger leiden; ohnmächtig, ihnen entscheidend zu helfen. So sorgt der Kapitalismus für „seine" Arbeiter.

*

Nazis kaufen Gesinnung

Die „Schlesische Bergwacht" vom 17. Juni 1930 teilt mit, daß sich die Nazis an einen Erwerbslosen in Landeshut wandten und ihm 10 Mark für jede Naziversammlung boten, in der er als Diskussionsredner auftrate.

Wir wissen jetzt wenigstens, woher die angeblichen sozialdemokratischen Diskussionsredner, die gegen ihre eigene Partei reden, herkommen.

Kommunisten für Ueberstunden

Der „Reichsausschuß" der Erwerbslosen, der der Zentrale der KPD. untersteht, fordert ohne Ausnahme: „Verbot jeder Ueberstunde!"

Wie die „Volkszeitung", Löbau, meldet, wird die Forderung wie folgt durchgeführt: Der ausschließlich kommunistische Betriebsrat der kommunistischen Musterbelegschaft der Firma E. Wunsch in Kändler bei Limbach, hat in der Betriebsversammlung einstimmig beschließen lassen, daß die Regelarbeitszeit von 51 Stunden auf 57 Stunden mindestens ausgedehnt werden kann, wenn die Firma einen Ueberstundenzuschlag zahlt. Außerdem gab der Betriebsrat seine ausdrückliche Zustimmung zu den von der Firma verlangten Dauer-Ueberstunden. Das von den Gewerkschaften daraufhin zur Verhinderung der Ueberstundenschusterei angerufene Tarifschiedsgericht konnte nichts machen, da der rein kommunistische Betriebsrat unter Rückendeckung eines einstimmigen Beschlusses die Ueberstundenhamsterei auf Kosten der Erwerbslosen gebilligt hat.

*

Die Frauen sind schlechter daran!

Es ist viel zu wenig bekannt, daß gerade die weiblichen Werktätigen besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen werden und ihre Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß noch langsamere Fortschritte macht, als das bei den männlichen Erwerbslosen der Fall ist. Wenn sich die Arbeitsmarktlage für die weiblichen Werktätigen im allgemeinen auch nicht so besonders kraß entwickelt hat wie bei den weiblichen Angestellten, über die an anderer Stelle berichtet wird, so verdienen doch die folgenden Zahlen ernsthafte Beachtung:

	Arbeitsuchende: männl.	weibl.
Ende April 29 . .	1 410 522	424 953
15. Mai 29 . . .	1 198 695	402 218
Ende April 30 .	2 267 486	572 584
15. Mai 30 . . .	2 183 089	569 638

Während die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden vom April bis Mai 1929 um 15,0 Proz. und vom April bis Mai 1930 um 3,7 Proz. zurückging, sank die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden vom April bis Mai 1929 nur um 5,4 Proz. und vom April bis Mai 1930 nur um 0,5 Proz.

*

Zeitbilder

„Die Dame am Steuer hat heute gern ihr Auto in individuellem Zuschnitt. Diesem Gedanken diente die von reichem Blumenschmuck und kostbaren Toilettendetails unauffällig umgebene Ausstellung. Man sah Decken, Schirmchen, Klubsessel, Grammophonkasten, Handtaschen, Schals, passend zur Innenausstattung der Wagen." „Tempo". 15. 6. 30.

•

„In der Laubenkolonie „Zur frohen Stunde" erhängte sich gestern der 21jährige Rohrleger Erhardt Klein wegen Erwerbslosigkeit." „B. T." 30. 5. 30.

*

Arbeitslose und Krankenversicherung

Bis vor kurzem galt bei der Frage der Krankenversicherung des Arbeitslosen der Satz: „Wird einem Arbeitslosen die Unterstützung aus irgendeinem Grunde zeitweilig entzogen, dann ist er auch während dieser Zeit gegen Krankheit versichert.". Der Senat des Reichsversicherungsamts hat jetzt eine entgegengesetzte Entscheidung getroffen. Nach diesem Urteil ist ein Arbeitsloser, der die Annahme von Arbeit ohne stichhaltigen Grund verweigert und dem eine Sperrfrist auferlegt wird, während dieser Zeit nicht gegen Krankheit pflichtversichert. Diese Entscheidung ist alles andere als arbeiterfreundlich.

Frauenarbeit — Frauenarbeitslosigkeit!

Wenn wir von Wirtschaft und Erwerbsleben sprechen, handelt es sich dabei nicht nur um die Produktion der Güter für den menschlichen Bedarf, sondern auch um ihre Verteilung. Beides geht Hand in Hand, beides ist in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht nach sozialen Gesichtspunkten oder eigentlich überhaupt nicht planmäßig organisiert. In dauernd wachsendem Maße sind die Frauen in das moderne Erwerbsleben hineingezogen worden. Sie sind in großer Zahl in der Industrie, und zwar in den Arbeitszweigen tätig, die in früheren Zeiten zur Arbeit der Hausfrau gehörten, die den Hausfrauen und dem zur Familie gehörenden großen Frauenkreis aber durch die Industrialisierung nach und nach entwunden wurde. Mit der Massenherstellung der Güter erwuchs ein weitverzweigter Verteilungsapparat, an dem die auf Erwerb angewiesenen Frauen ebenfalls beteiligt wurden. Mit der sich weiter entwickelnden Technisierung des Wirtschaftslebens, die dauernd Menschenkraft überflüssig macht, entsteht für immer weitere Frauenschichten die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit, das Frauenangebot auf dem Arbeitsmarkt wird größer. Die Frauenarbeitslosigkeit wächst.

Heute ist bei der Regierung Brüning und den bürgerlichen Parteien nicht nur der Wille vorhanden, soziales Frauenrecht abzubauen. Man erwägt auch schon die Möglichkeit, die Frauenerwerbsarbeit und das Anrecht darauf für verheiratete Frauen durch gesetzliche Maßnahmen einzuschränken. Man sagt, daß man die Familie retten wolle. Dabei plant man, an der Reichswochenhilfe einzusparen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben von jeher das Wesen der Frauenerwerbsarbeit als das erkannt, was sie ist, als automatisch eintretende und deshalb notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Für sie kann es deshalb kein Rückwärtsrevidieren der Entwicklung geben. Die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse, zu der die Frauen gehören, kann nur mit einem weiteren Ausbau des sozialistischen Arbeiterschutzes, dessen Teil die Arbeitslosenversicherung ist, für den Arbeiter und besonders für die Frau verbunden sein.

Marie Juchacz

Zahlen der Not

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat kürzlich eine Zusammenstellung der Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger vorgenommen. Danach wurden (Stichtag jeweils am 15. Mai) in den Jahren

1925 . .	28 922	1928 . .	146 526
1926 . .	318 283	1929 . .	239 124
1927 . .	139 856	1930 . .	318 982

erwerbslose Frauen als Hauptunterstützungsempfängerinnen festgestellt. Erschütternde Zahlen, die mit großer Schärfe das stete Wiederansteigen nach dem Krisenjahr 1926 zeigen, um am 15. Mai 1930 selbst den damaligen Höhepunkt zu überschreiten.

Zu den 318 982 weiblichen Hauptunterstützungsempfängern am 15. Mai kommen noch 61 223 Krisenunterstützte, insgesamt also 380 205 von der Reichsanstalt Betreute. Da aber am gleichen Tage bei den Arbeitsämtern 569 638 weibliche Arbeitsuchende gemeldet waren, von denen etwa 98 Proz. auch arbeitslos sind, so steht fest, daß zu diesem Zeitpunkt mehr als 180 000 erwerbslose Frauen ausgesteuert waren, also von den städtischen Wohlfahrtsämtern oder überhaupt nicht unterstützt wurden!

*

Die erwerbslose Angestellte

Wohl in keinem Berufszweige finden wir ein so grenzenloses Brachliegen wertvoller Arbeitskraft wie in den kaufmännischen Berufen. Tüchtige Fachkräfte bleiben stellungslos, weil sie das 38. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben. Sie sind angeblich nicht mehr beweglich genug.

Die große Beschäftigungslosigkeit gerade der älteren Angestellten, die 1926 zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Kündigungsfristen der langjährig Beschäftigten führte, wurde in der Oeffentlichkeit häufig mit der besonders starken Zunahme der Frauenarbeit begründet. Ein Blick in die Berichte des Reichsarbeitsmarktanzeigers zeigt uns jedoch neben der allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein außerordentlich starkes Ansteigen der Ziffern der weiblichen Erwerbslosen. Wir sehen z. B. bei den Arbeitsämtern und den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen als Arbeitsuchende gemeldet:

Kaufmännische Angestellte:	männl.	weibl.
Ende Januar 28 . . .	94 105	39 659
Ende Januar 29 . . .	100 820	47 872
Ende Januar 30 . . .	123 911	67 596
Ende März 30 . . .	122 336	72 645

also eine Steigerung der weiblichen erwerbslosen Angestellten um rund 80 Proz. gegenüber 30 Prog. bei den männlichen Angestellten. Hierbei muß beachtet werden, daß in Handel und Industrie auf zwei männliche eine weibliche Angestellte kommt.

Noch augenscheinlicher wird die enorme Erwerbslosigkeit der weiblichen Angestellten bei den Büroangestellten. Hier ist in dem gleichen Zeitraum von 1928 bis 1930 die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden — wenn auch unerheblich — gesunken; dagegen ist sie bei den weiblichen Kräften von 6844 auf 12 418 oder um mehr als 80 Proz. gestiegen.

Hinzu kommt, daß durch die Schulentlassung das Ueberangebot von weiblichen Arbeitskräften gesteigert wird. Eigentümlicherweise hat sich der Geburtenausfall bei dem weiblichen Angestelltennachwuchs nicht ausgewirkt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Angestellte wird am besten beleuchtet durch den Vorschlag im Reichsarbeitsmarktanzeiger vom 24. April 1930, die öffentlichen Mittel für die Handelsschulen zu beschränken, damit nur noch soviel Schülerinnen zugelassen werden, wie die Wirtschaft aufzunehmen vermag. (!)

Wissen Sie das?

Von den 337 905 weiblichen Erwerbslosen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, befinden sich im

Alter von	insgesamt	Proz.
14 bis 21	58 954	17,5
21 bis 45	231 870	68,6
45 bis 60	39 195	11,6
über 60	7 886	2,3

Von der Gesamtzahl arbeitsloser Frauen sind mehr als zwei Drittel im Alter von 21 bis 45 Jahren. Dagegen werden die Frauen über 45 Jahre weniger von dem Produktionsprozeß erfaßt und deshalb auch weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Aehnlich steht es mit den Krisenunterstützten. Am 15. April 1930 wurden von der Krisenfürsorge nahezu 60 000 weibliche Arbeitslose unterstützt. Sie verteilen sich auf folgende Altersgruppen:

Alter	insgesamt	Proz.
21 bis 45	47 221	81,9
45 bis 60	8 714	15,1
über 60	1 750	3,0

In der Krisenunterstützung machen die Altersgruppen von 21 bis 45 Jahren sogar vier Fünftel aller Unterstützten aus, darunter die 25- bis 30jährigen sogar 22,9 Proz.!

Reform der Arbeitslosenversicherung und die Frauen

Der Bürgerblock plant seit langem eine Reform der Sozialpolitik. Die Arbeiter nennen diese Reformversuche mit gutem Grund Abbau. Daß es sich um einen Abbau handelt, zeigen am deutlichsten die Vorschläge zur „Reform" der Arbeitslosenversicherung, deren Folgen in erster Linie die weiblichen Arbeitnehmer zu tragen hätten.

Seit Monaten schon geht das Bestreben, für die Unterstützung der Heimarbeiter besondere Bestimmungen zu treffen, natürlich nicht zugunsten der Heimarbeiter. Man will insbesondere Erschwerungen für die Heimarbeit verrichtenden Frauen schaffen, die die Mehrzahl der Heimarbeiter bilden.

Was unter anderem beabsichtigt wird, zeigen die Regierungsvorschläge, denjenigen den Unterstützungsbezug zu versagen, die nicht mindestens regelmäßig in der Woche 30 Stunden arbeiten und nicht mindestens regelmäßig 10 Mark pro Woche verdienen. Würde dieser Vorschlag Gesetz, dann würden

zahlreiche Frauen in Zukunft keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Auch die Verlängerung der Sperrfristen (Verlängerung der Wartezeit bei selbstverschuldeter Entlassung) und der Vorschlag, Unterstützung überhaupt erst nach 52wöchiger Arbeit und Beitragszahlung zu gewähren, geht erheblich auf das Konto der Frauen. Man stelle sich vor, welch erheblich großer Kreis von Frauen im Bekleidungsgewerbe tätig ist, das bekanntlich überwiegend Saisongewerbe ist. Um die Wirkung des Vorschlages für selbstverschuldete Entlassung für die Frauen richtig beurteilen zu können, sei an die Entscheidungen von Arbeitsgerichten gegenüber Klagen von Frauen bei Entlassungen wegen Schwangerschaft erinnert.

Um das Maß der für Frauen besonders bemerkenswerten „Reformvorschläge" vollzumachen, sei weiter aufmerksam gemacht auf die Absicht, das Arbeitseinkommen des Ehegatten auf die Unterstützung Verheirateter anzurechnen.

Die Regierungsvorschläge zeigen, daß die mangelhafte Organisation der arbeitenden Frauen, von der sie geringeren Widerstand erwarten als aus Männerkreisen, bei ihren Plänen in Rechnung gestellt wird.

Lokaltermin auf der Unglücksstelle Buir

Unübersichtlichkeit festgestellt

Köln, 1. Juli. Am Dienstag war die Lokalbesichtigung der Unglücksstelle bei Buir, an der das Gericht und die Sachverständigen teilnahmen. Ebenso waren mehrere Pressevertreter zugegen. Man fuhr mit einer Lokomotive desselben Typs wie die Lokomotive des Unglückszuges mit einem D.-Wagen in Richtung Buir—Sindorf. Der Zug hielt etwa 200 Meter vor der ersten Brücke ohne Vorsignal. Das Gericht überzeugte sich vom Führerstand der Lokomotive aus, daß von hier aus das Hauptsignal, das jenseits der zweiten Brücke steht, zu erkennen war. Dann fuhr der Zug unter der ersten Brücke durch. Wie am Tage des Unglücks waren beide Arme des Hauptsignals nach oben gerichtet. Der Blick auf den Unterarmen ist zum Teil durch das Geländer der zweiten Brücke beeinträchtigt. Wenn zwei Arme des Signals hochstehen, so bedeutet dies „Abbiegen" (in ein Nebengleis), wenn nur ein Arm hochsteht „Gerade aus". Der Lokomotivführer Nordhaus hatte Befehl 38 im Kopfe; er dachte also langsam hinter Buir an der Baustelle das gewohnte Gleis zu befahren. Es besteht die Möglichkeit, daß er sich im Erkennen des Signals getäuscht hat. Er glaubte nur einen Arm zu sehen und fuhr unter der zweiten Brücke durch. Plötzlich schwankte der Wagen, der Zug hatte die Unglücksstelle passiert. In einer Weiche, die auffallend scharf an dieser Stelle über das Ueberholungsgleis führt, hat man Verständnis dafür, daß der Weichensteller 2½ Meter hoch aus dem Stellwerk hersprang, als der Zug auf ihn zufuhr. Der Reichsbahnoberrat hielt noch einen kurzen Vortrag und wies auf eine große Scheibe hin, die dicht vor dem Stellwerk steht. Bis zu ihr ist von der zweiten Brücke aus eine Entfernung von 400 Meter; sie kann nicht übersehen werden. Am Tage des Unglücks stand auf dieser Scheibe das Signal „Warnung". Nordhaus übersah die Warnung und pfiff mit der Lokomotive, was bedeutet „ist die Durchfahrt frei?" Im nächsten Augenblick hatte die Lokomotive aber schon die Weiche passiert, stürzte um und so war das große Unglück geschehen.

Der dritte Verhandlungstag.

Köln, 2. Juli. Zu Beginn des dritten Verhandlungstages verlas nach kurzer Vernehmung eines Zeugen Rechtsanwalt Frank eine Verfügung der Reichsbahn vom 1. September 1929, daß mehrarmige Signale möglichst ununterbrochen sichtbar sein müssen. Er wies darauf hin, daß diese Verfügung nur auf die Lehre von Buir zurückzuführen sei. Der Angeklagte Nordhaus erklärte nochmals, er habe beim Vorsignal gebremst. Er habe nur einen Arm des Signals gesehen und daraus entnommen, daß die Fahrt geradeaus läuft, deshalb habe er die Bremse losgelassen. Das habe 10 bis 20 Sekunden gedauert, und er habe dann wieder aus dem Fenster gesehen und plötzlich zwei Arme des Hauptsignals erkannt. Er sei erschreckt gewesen über diese Abbiegung und habe sehr gebremst. Es war aber schon zu spät.

Oberbahnrat Hartmann erwidert auf die Ausführungen des Rechtsanwalts Frank, daß die Verfügung vom 1. September 1929 nicht etwa auf die Lehre von Buir zurückzuführen sei; es beständen vielmehr 11 Verfügungen der Reichsbahndirektion, die sich mit der Sichtbarkeit der Signale beschäftigen. Die Verfügung vom 1. September 1929 sagt auch nichts neues. Es ist unmöglich, in der Praxis die Brücken überall abzureißen und durch Unterfahrungen zu ersetzen. Die Verfügung ist nichts anderes als ein Hinweis als längst bekanntes. Außerordentlich hohe Signale sollen durch gewöhnliche Signale, also 12 Meter hohe, ersetzt werden. Der Standpunkt der Reichsbahn gehe dahin, daß die besten Signale die wären, die etwa in Höhe des Lokomotivführers ständen, also 5 bis 6 Meter hoch wären. Kurz vor dem Unglück habe man die Signalhöhe gerade bei Düren untersucht und dabei festgestellt, wenn man ein 12 Meter hohes Signal vor die zweite Brücke stellt, daß es dann auf 570 Meter Entfernung sichtbar sei. Aber von hier bis zur Weiche seien noch 400 Meter und auf dieser Strecke könne noch mancherlei passieren, denn der Lokomotivführer sehe ja nicht zurück nach den Signalen.

Rechtsanwalt Frank: Die Brücke muß aber entfernt und durch eine Unterführung ersetzt werden. Das ist doch ein ganz außerordentlicher Fall:

Zeuge Hartmann: Darin liegt nichts außerordentliches. Auf der Strecke Köln—Berlin beispielsweise sind wenigstens 150 derartige Brücken.

Professor Heumann-Aachen zum Angeklagten Nordhaus: Sie behaupten, die Drehgestellbremse wäre in Ordnung gewesen. Nach meinen Feststellungen muß sie seit dem 1. August bis zum Tage des Unglücks versagt haben.

Angeklagter Nordhaus berichtet darauf von einer Bremsprobe des Drehgestells am 15. August, wo die Bremse vollkommen zuverlässig mitgewirkt habe. Er schloß mit den Worten: Daraus kann man sehen, was man von dem Gutachten eines Professors zu halten hat?

Es wurden nun der Weichenwärter Nußbaum und der stellvertretende Bahnhofsvorsteher Meckenbach-Düren gehört. Meckenbach unterrichtete das Gericht über die Einzelheiten des Dienstes, des Fahrdienstleiters.

Damit ist die Zeugenvernehmung beendet und die Sachverständigen kommen zu Wort.

Als erster sprach Oberbahnrat Dr. Müller-Elberfeld, der sich über die sicherungstechnischen Zusammenhänge der Signale auf der Unglücksstrecke verbreitete. Die Beachtung der Signale ist die Sicherung unseres ganzen Verkehrs. Die Geschwindigkeit des Zuges müsse mehr als 80 Kilometer betragen haben. Wenn Nordhaus den Befehl 32 in Düren richtig bekommen hätte, wäre das Unglück nicht geschehen. Aber für mich bleibe immer das Grundsätzliche in der Beachtung der Signale. Wir sind noch lange nicht so weit, daß wir die Verbindung zwischen Signal und Lokomotive so herstellen können, daß wir auf den sachlich und aufmerksam eingestellten Menschen verzichten könnten.

Als zweiter Sachverständiger sprach Lokomotivführer Heinrich Hochhaus-Hamm. Er wies darauf hin, daß Nordhaus am Freitag vor dem Unglück einen Luxuszug auf der gleichen Strecke gefahren habe unter dem Vorsichtsbefehl 38. Als ihm am Sonntag in Düren der Vorsichtsbefehl überreicht werden sollte, winkte er ab, weil er annahm, es sei der alte ihm schon bekannte Befehl. Er fuhr dann aus dem Bahnhof Düren heraus am Vorsignal vorbei und bremste. Dann fuhr er wieder weiter. Er sah plötzlich das doppelarmige Signal und warf die Steigerung herum. Das erforderte sicher 6 Sekunden. Der Lokomotivführer ist für alles verantwortlich, was im Führerhaus geschieht. Deshalb ist es auch ausgeschlossen, daß er dauernd die Signale im Auge behalten kann.

Darauf trat die Mittagspause ein.

Der Körper ohne Kopf

Ein geheimnisvolles Morddrama in Frankreich – Die Leiche im Brunnen
Das Geschwader auf der Loire – Geständnis nach zermürbender Einzelhaft

In der Nähe von Nantes, unmittelbar am Loirefluß, liegt ein kleines Landhaus, Ker Chechette genannt. Hier hat das Drama, das mit einem Urteilsspruch über 20 Jahre Zuchthaus ein sensationelles Ende fand, seinen Schauplatz. Ein Garagenbesitzer von Nantes wollte Ker Chechette, sein Eigentum, an einen Bäcker verkaufen. Der Handel stand vor dem Abschluß. Der Bäcker besichtigte den Garten und fand einen alten Brunnen, der nicht mehr gebrauchsfähig schien. Um sich zu überzeugen, ob noch Wasser darin war, sollten die Bretter abgenommen werden. Im Schweiße des Angesichts arbeitete der Bäcker, endlich löste sich eine Bohle. Ein atemberaubender Geruch kam aus der Tiefe. Die beiden Männer leuchteten mit einer Taschenlampe hinab und schreckten entsetzt zurück. Dort unten schwamm zwischen Fröschen und Wasserpflanzen die Leiche eines Mannes!

Die Mordkommission war schnell zur Stelle. Die Leiche wurde geborgen. Es war der Körper eines jungen Mannes, dessen Kopf mit einem Messer vom Rumpfe getrennt worden war. Der Name des Toten? Er wurde bald ermittelt. Es handelte sich um einen jungen Menschen namens Emil Ordionneau, der nicht gerade in gutem Rufe gestanden hatte. Er war ein Trunkenbold, ein ausschweifender Mensch, der nicht arbeitete, sondern von der Gnade seines Vetters, des reichen Viehhändlers Moreau, lebte.

Man befragte den Vetter über das Schicksal des jungen Mannes. Der Viehhändler geriet in große Verlegenheit, als die Polizeibeamten bei ihm eintraten. Emil Ordionneau sei ein Taugenichts, sagte er, mit dem er nichts zu tun haben wolle. Er habe ihm sein Haus verboten. Es sei ein Glück für die Menschheit, daß er nicht mehr am Leben wäre. Mit diesen Auskünften gab sich die Polizei nicht zufrieden. Man wußte, daß der Viehhändler noch vor kurzer Zeit Eigentümer des Landhauses Ker Chechette, auf dessen Boden die Leiche gefunden wurde, gewesen war. Konnte Moreau nicht seinen Vetter ermordet und die Leiche heimlich in den ihm bekannten Brunnen verborgen haben? Es stellte sich bald heraus, daß diese Annahme auf Wahrheit beruhte. In dem Hause des Viehhändlers fand man Blutspuren, über deren Herkunft Moreau nichts zu sagen wußte. Die Geliebte Moreaus, eine junge Frau namens Emilie Hillerau, gab im Kreuzverhör an, daß sie Moreau überrascht habe, wie er den blutbeschmutzten Boden aufwischte. Der Viehhändler wurde auf diese Aussage in Haft genommen.

Es dauerte mehrere Wochen, bis er sich zu einem Geständnis bequemte. Endlich, von der langen Einzelhaft zermürbt, sagte er die volle Wahrheit. Sein Neffe Emil habe ihn ständig um Geld gebeten. Es sei zu einer Auseinandersetzung gekommen, in deren Verlauf der junge Mensch auf ihn eingedrungen sei. In der Not nahm der Viehhändler ein Messer, stach zu — der Taugenichts lag tot am Boden. Moreau schleppte die Leiche in eine Ecke und wischte den Boden auf; in diesem Augenblick kam die Geliebte hinzu. Ihr erzählte der Viehhändler alles. Sie riet, die Leiche zu zerstückeln und heimlich auf einem abgelegenen Platze zu vergraben. Lange schwankte Moreau, ob er den Vorfall der Polizei melden oder die Leiche beiseite schaffen sollte. Schließlich trug der schlimme Rat der Freundin den Sieg davon. Mit einem einzigen Messerhieb trennte der Viehhändler den Kopf seines Vetters vom Rumpfe. Dann lud er den Körper auf einen Wagen, fuhr ihn bei Nacht hinaus in sein früheres Landhaus und warf ihn hier in den Brunnen. Der Kopf des Ermordeten wurde, in Papier gewickelt, von der jungen Frau in die Loire geworfen.

Das war das Geständnis, das der Viehhändler ablegte. Seine Freundin wurde, trotzdem sie zuerst ihre Schuld bestritt, wegen Beihilfe in Haft genommen. Der Staatsanwalt erteilte der Polizei die Anweisung, den Kopf des Opfers dieser Familientragödie herbeizuschaffen. Tagelang fuhren die Boote auf der Loire hin und her, ganze Geschwader von Schiffen wurden für die Suche angeworben. Es war alles vergebens, der Kopf ließ sich nicht finden.

Der Viehhändler Moreau und seine Freundin Emilie Hillerau hatten sich jetzt wegen Mordes vor dem Schwurgericht in Nantes zu verantworten. Der Nachweis eines Verbrechens in Notwehr ließ sich nicht erbringen. Nach dramatischer Verhandlung fällten die Geschworenen ihren Spruch. Moreau wurde ebenso wie seine Geliebte schuldig gesprochen. Der Viehhändler erhielt zwanzig Jahre Zuchthaus, während Emilie Hillerau mit fünf Jahren Gefängnis davon kam.

Der 48. Todesfall in Lübeck

Lübeck, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Die Todesziffer der nach dem Calmetteverfahren gefütterten Säuglinge hat sich von 47 auf 48 erhöht. Krank sind unverändert 71, gebessert 73, gesund 59 Säuglinge.

Großfeuer in Polen

Sosnowice, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Gestern abend entstand in einem Wirtschaftsgebäude der Stadt Sarnow ein Brand, der sich mit rasender Geschwindigkeit über die Nachbarhäuser ausbreitete. Binnen kurzem wurden 28 Häuser ergriffen und vollständig vernichtet; ferner wurden 78 Wirtschaftsgebäude ein Raub der Flammen.

Am selben Tage brach in einer Vorstadt von Chrcanow ein Feuer aus, das 60 Gebäude einäscherte. An den Löscharbeiten beteiligten sich sämtliche Feuerwehren der Umgegend; außerdem mußten vier Kompagnien Soldaten zur Hilfeleistung herangezogen werden.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

27) (Fortsetzung.)

Gleich darauf erschien ein Schatten am Fenster; die Gardine bewegte sich, und Lutz Fink sah den blonden Scheitel des Mädchens.

Das Fenster wurde ein wenig geöffnet.

„Wer ist da?" hörte Lutz Fink leise fragen.

„Ich bin's, Lutz!"

„Um Gottes willen! Wenn jemand . . . .!"

„Ach was, kein Mensch kann eine Ahnung haben! Dein Vater ist doch fort. Mach mir die Tür auf!"

Das Mädchen schien einen Augenblick zu überlegen. Dann wurde das Fenster geräuschlos geschlossen, der blonde Scheitel verschwand, die Gardine wurde wieder vorgezogen.

Ein Paar Augenblicke später hörte Lutz Fink, wie der Schlüssel in das Türschloß gesteckt und leise umgedreht wurde. Die Tür öffnete sich; Lutz schlüpfte hinein.

Der Vorplatz war vollständig dunkel, nur aus der ein klein wenig offenstehenden Wohnzimmertür fiel ein wenig Licht heraus. Lutz Fink schloß die Haustür, drehte den Schlüssel um, und dann nahm er das Mädchen in die Arme. Er fühlte, wie Else am ganzen Körper zitterte, aber seinen Kuß erwiderte sie.

„Ich bin ja so froh — so froh!" flüsterte sie.

„Ich auch — das darfst du mir glauben. Seit acht Tagen streiche ich fast Tag und Nacht um das Haus, und nie ist es mir gelungen, dich zu sehen!"

„Du Lieber! Vater hat mich nicht ausgehen lassen und alles selbst eingeholt."

„Aber jetzt sind wir doch sicher?"

„Ich glaube ja. — Wie bist du nur hereingekommen?"

„Die Gartentür stand offen. Ich bin schon anderthalb Stunden im Hof!"

„Gott — wenn dich jemand gesehen hätte!"

„Es hat mich aber niemand gesehen! Du — wollen wir hier auf dem Gang bleiben?"

Else überlegte einen Augenblick. Dann sagte sie: „Wollen wir ins Wohnzimmer?"

„Ist es nicht zu gefährlich?"

„Du hast recht. Komm."

Das Mädchen drehte das Licht im Wohnzimmer ab, schloß die Tür und ergriff Lutz am Arm.

Langsam und leise schlichen die beiden die Treppe hinauf, die ein wenig knarrte, in Elsens kleines Zimmer.

Das Mädchen getraute sich nicht, Licht zu machen. Es war zwar nicht zu erwarten, daß der Vater vor elf, halb zwölf nach Hause kam, aber sie wurde das Furchtgefühl nur ür Augenblicke los. Schon einmal war der Vater infolge seines Mißtrauens früher heimgekommen, und daher rührte ja das ganze Unglück.

Außerdem: wie konnte Lutz wieder aus dem Garten hinaus? Den Schlüssel besaß der alte Merten. Einen hatte der Kommerzienrat, ein dritter hing in der Diele der Villa gleich neben dem Eingang.

Sollte Lutz warten, bis der alte Merten nach Hause kam? Und wie konnte er dann den Schlüssel von ihm erlangen?

Sollte er versuchen, in das Vordergebäude zu gelangen? Das war noch die einzige Möglichkeit — vielleicht blieb ein Fenster offen stehen, durch das man in den Korridor und die Diele gelangen konnte.

Je mehr die Zeit fortschritt und die Heimkehr des alten Merten näherrückte, desto ängstlicher wurde Else. Auch Lutz war sehr unruhig und entschloß sich schließlich, den Versuch, in das Vorderhaus zu gelangen, zu unternehmen.

Else schlich mit ihm wieder die Treppe herab und ließ ihn zur Haustür hinaus, nicht ohne ihm das Versprechen gegeben zu haben, ihn sobald wie irgend möglich in der Stralauer Straße zu besuchen. Lutz versprach, zu einer bestimmten Stunde zu Hause zu sein und sie zu erwarten.

Als Lutz wieder im Hofe stand, der nun vollkommen unerleuchtet war, schlich er erst wieder an die Garage und suchte sich von da aus zu orientieren. Es war ihm zweifelhaft, ob er nicht lieber die Rückkehr des alten Merten abwarten sollte — wenn der Zufall sein Spiel trieb, war es möglich, daß er ihm gerade in die Hände lief.

Aber schließlich konnte er doch nicht bis zur Bewußtlosigkeit warten.

Diese Frage fand indes eine rasche Lösung. Lutz Fink hörte, wie die Gartentür aufgeschlossen wurde, wie sie wieder ins Schloß fiel.

Torkelnde Schritte kamen näher, bogen um die Ecke der Villa, dröhnten auf dem gepflasterten Hofe. Es war der alte Merten. Er sprach halblaut vor sich hin — offenbar war er betrunken.

Lutz Fink hörte ihn die Tür aufschließen. Dann wurde es im Wohnzimmer hell, aber nur für ein paar Minuten. Die Holztreppe knarrte; jetzt ging der Alte nach oben, sich zu Bett zu legen. In dem Zustand, in dem er sich befand, würde er bald einschlafen, von ihm war also wenigstens nichts mehr zu befürchten.

Nach einer Viertelstunde etwa näherte sich Lutz Fink der Tür des Gärtnerhäuschens — es war vielleicht doch möglich, daß der Alte vergessen hatte, abzuschließen, und daß der Schlüssel zum Ausgang an dem Nagel neben der Wohnzimmertür hing.

Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht; die Tür war verschlossen! Nun mußte wohl oder übel eingestiegen werden.

Lutz Fink suchte zunächst die rückwärtige Front ab. Die Souterrainfenster waren geschlossen; die Tür selbstverständlich auch.

Auf der Seite, an der die Einfahrt in die Garage vorüberführte, war ebenfalls alles hermetisch verschlossen. An der dritten Seite der Villa, der Südseite, befanden sich keine Souterrainfenster, denn hier lag der Keller. Aber im Hochparterre glaubte Lutz Fink ein Fenster offen zu sehen, nur war es nicht ganz leicht, da hinauf zu gelangen; die Wand war weiß, und obwohl es ziemlich dunkel war, und die Bäume im Garten noch einigen Schatten warfen: die Straßenbeleuchtung war doch noch hell genug, ihn zu verraten, wenn er zu dem Fenster hinaufkletterte. Aber es mußte gewagt werden.

Vorsichtig stieg Lutz Fink, sich mit den Händen an einem vorstehenden Stein festhaltend, auf den Sockel des Hauses. Von hier aus war es ihm möglich, das Fensterbrett mit den Händen zu erreichen, und nun arbeitete er sich langsam hoch, bis er auf dem Sims kniete.

Das Fenster war wirklich nur angelehnt und ließ sich ohne weiteres öffnen. Es war die Frage, wohin es führte. Lutz Fink suchte sich zu orientieren. Es war das zweite Fenster von vorn; hier mußte, wenn er sich recht erinnerte, die Garderobe liegen. Er horchte. Nichts regte sich. (Fortsetzung folgt.)

BAUMARKT

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Vorwärts“

e. G. m. b. H.

Büro: Gelsenkirchen, Grenzstraße 183 — Telefon-Anschluß 24890
Gegründet 1926 — Bisher rund 400 Wohnungen hergestellt

GELSENKIRCHEN WATTENSCHEID

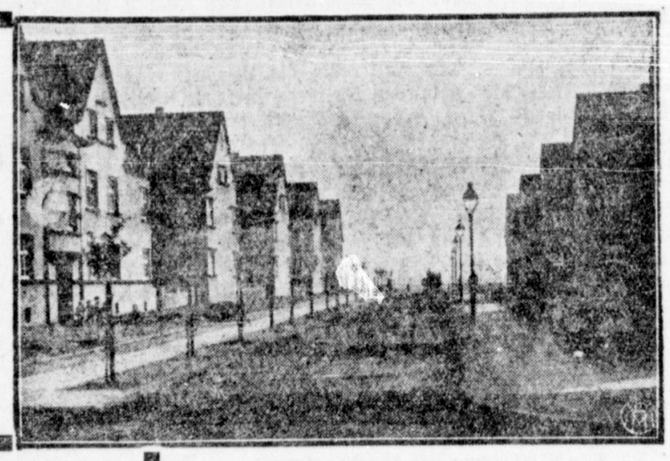
Nur eine gesunde Wohnung gewährleistet ein glückliches Heim. ⟶ **Werdet Mitglied!**



F. W. W. Budde
GELSENKIRCHEN
Bismarckstraße 84

Entwurf u. Bauleitung von
Siedlungen, Wohn- u. Geschäftshäusern

Städtebau Raumkunst



Emil Krombach
Gelsenkirchen
Grenzstraße 128 Telefon 279 25

Malermeister

Solide und saubere Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten

Bauhütte Grundstein
G. M. B. H.

HOCH-, TIEF- UND EISENBETONBAU

Grenzstr. 86 **Gelsenkirchen** Telefon 22741

Georg Gille
Bismarckstr. 88

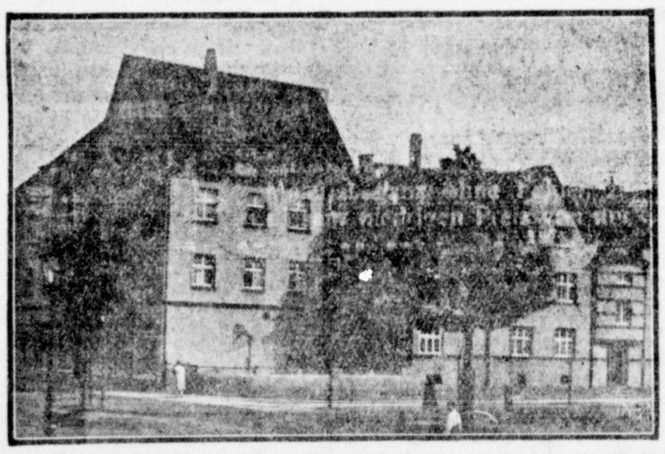
Dachdecker-meister

Fernsprech-Anschluß 23824

Jakob Olf
Klosterstraße 1

Klempnermeister

Ausführung sämtlicher Klempnerarbeiten und Reparaturen



Karl Dürmer
Gelsenkirchen
Im Gartenbruch 1
Telefon 27038

Elektrische Installationsarbeiten

CARL VORBERG
GELSENKIRCHEN
Atelier für Architektur

Atelier Bochumerstr. 67
Fernsprecher 21998

Ausführung von Entwürfen und Bauleitungen ■ Bauleitung der Siedlung Knappschaftshof

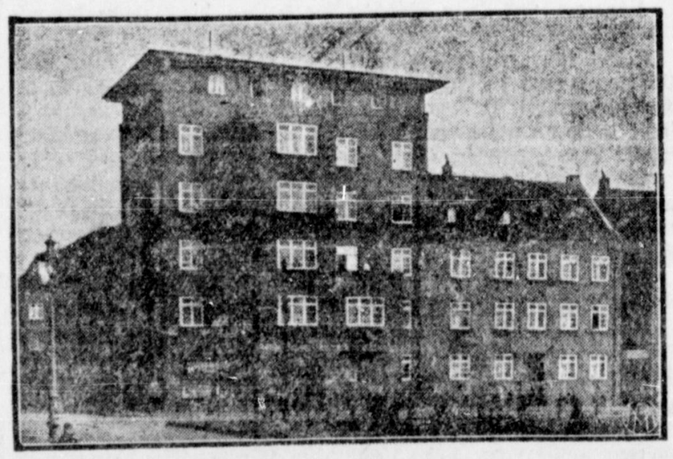
HEIDTMANN & CO.
GELSENKIRCHEN
Augustastraße 11—13
Telefon-Anschluß 26051

Glasgroßhandlung, Glasschleiferei, Schaufensterverglasung, Facetten, Bauverglasung, Kantenbearbeitung, Reparatur-Verglasung, Autoscheiben, Silberbelegte Spiegelgläser, Glasversicherungen. Ständig großes Lager in allen Flachglasarten

Wicking'sche Industrie für Holz- und Baubedarf A.-G.
Abt. Gelsenkirchen
Fersprecher 21060

liefert alle Sorten
HOLZ UND BAUSTOFFE

Holzhandlung
Wilh. Ferber jun.
Fernsprech-Anschluß 23313



Miele Wasch-, Wring- und Mangel-Maschinen
Ranke, Waschkessel-Ofen

350 qm Ausstellungsräume

KAMPHAUS
G. m. b. H.

Womit statten Sie die neue Wohnung zunächst aus?

Sie erreichen dies wenn Sie für die Küche einen **GAS-Herd** für die Warmwasserbereitung **GAS-Wasserspeicher** und für die Beheizung entweder **einzelne GAS-Zimmeröfen** oder **GAS-Zentralheizung** wählen

Wir raten Ihnen: **„Mit Arbeitserleichterung für die Hausfrau?“**

Der Gas-Staffeltarif verbürgt Ihnen einen niedrigen Kubikmeterpreis bei pfleglicher Gasverwendung!



Sozialdemokratische Erfolge

im Kampf für die Arbeitslosen

Berlin, 2. Juli 30. (Eig. Drahtbericht.)

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat am Mittwoch bei der Weiterberatung der Arbeitslosenversicherung die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge, die eine Meldepflicht an die Arbeitsämter bezwecken, abgelehnt und zwar soweit es sich um Betriebe handelt, die öffentliche Aufträge oder Subventionen haben. Die deutschnationalen Anträge, die eine Einschränkung der Versicherungspflicht in der Landwirtschaft verlangen, wurden abgelehnt. Das gleiche gilt von dem sozialdemokratischen Antrag auf Einbeziehung des ländlichen Gesindes in die Versicherung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Regierungsvorschlages, wonach Jugendliche unter 16 Jahren von der Versicherung ausgenommen werden sollten, wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Der Regierungsvorschlag, wonach geringfügige Beschäftigungen allgemein versicherungsfrei sein sollen, wurden von Frau Abg. Schröder (Soz.) scharf bekämpft. Sie schilderte die Härten, die sich für Frauen ergeben, die zum Mitverdienen gezwungen sind. Aufhäuser (Soz.) verwies darauf, daß die Lohnklasse 1 bei der Schaffung des Gesetzes für Reinemachefrauen und ähnliche Berufe mit geringfügiger Beschäftigung festgelegt worden sei. Es sei eine grundsätzliche Aenderung des Gesetzes, daß Arbeitnehmer, die eine begrenzte Tätigkeit berufsmäßig ausüben, von der Arbeitslosenversicherung ausgeschaltet werden. Trotz dieser eindringlichen Argumente wurden in der folgenden Abstimmung die sozialdemokratischen Anträge auf Streichung der vorgesehenen Verschlechterungen abgelehnt. Im weiteren Verlauf mußten die sozialdemokratischen Abgeordneten noch verschiedentlich das Wort ergreifen, um Verschlechterungen abzuwehren. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Die Osthilfe im Ausschuß

Ermächtigung für die Regierung über 1000 Millionen

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Hauptausschuß des Reichstages erörterte am Mittwoch das sogenannte Ostprogramm.

Die Abgeordneten Hilferding und Mertens (Soz.) wiesen auf die bedenkliche Finanzierung des ganzen Programms hin. Abg. Hilferding betonte, daß

das Gesetz die Regierung ermächtige, über eine Summe von nicht weniger als 1000 Millionen zu verfügen, es sei zu überlegen, ob man das Gesetz nicht auf die Mittel beschränke, die man in diesem und vielleicht in den nächsten und übernächsten Jahren zur Verfügung habe.

Nach Ablauf dieser Zeit ergebe sich die Möglichkeit, Aenderungen im Gesetz vorzunehmen, falls sich die Auswirkung des Gesetzes nicht im Sinne der Regierung vollzieht. Hilferding machte auch darauf aufmerksam, daß sonst bei allen Garantieübernahmen Gegenposten in den Etat für das Risiko eingesetzt würden. Das sei dieses Mal, obwohl die Risiken sehr bedeutend wären, nicht geschehen.

Richtig sei es, die in Aussicht gestellte Hilfe genau abzustecken, um nicht zu große Hoffnungen zu erwecken und hinterher Enttäuschungen hervorzurufen.

Ein Regierungsvertreter gab zu, daß das Gesetz große Risiken enthalte. Diese lägen besonders auf dem Gebiete der Umschuldungsaktion, aber weniger bei den Siedlungskrediten. Man sei sich darüber einig, daß Kredite nur in wirtschaftlichen Grenzen gegeben werden dürften. Die Garantien müßten bei der Durchführung des Gesetzes auf ein beschränktes Risiko abgesteckt werden. Von der Einstellung einer Bürgschaftsübernahme im Etat habe das Finanzministerium abgesehen, weil in diesem Etatsjahr kaum Ausfälle zu erwarten seien.

Die Demokraten machen nicht mit

Rechtsblock-Pläne in Sachsen

Berlin, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Die sächsischen Demokraten haben, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, eine Einladung der Rechtsparteien, sich an den neuen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Sachsen zu beteiligen, abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß sich an den sachlichen Einwänden, die sie zum Fernbleiben bestimmen, nichts geändert habe.

Sensation in der Kammer

Abstimmungsergebnis gefälscht

Paris, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In der französischen Innenpolitik ist ein neuer sensationeller Zwischenfall zu verzeichnen. Es handelt sich um einen von den Oppositionsparteien, vor allem von der sozialistischen Fraktion erhobenen Vorwurf gegen die Regierung, daß sie das Ergebnis der Vertrauensabstimmung in der Nacht zum Dienstag über die Frage der Erhöhung der Rente der Kriegshinterbliebenen gefälscht habe. Die Abstimmung, die in den frühen Morgenstunden vor leeren Bänken erfolgte, hatte eine Mehrheit von 56 Stimmen für die Regierung erbracht. Da im ganzen etwa 20 Abgeordnete auf den Bänken saßen, hatte man die in der französischen Kammer übliche Prozedur angewandt, Abgeordnete für ihre abwesenden Fraktionskollegen stimmen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit soll nach den Anschuldigungen der Opposition Tardieu mit Hilfe seiner Unterstaatssekretäre, die in aller Eile vor der Abstimmung in die Kammer beordert waren, das Abstimmungsergebnis gefälscht haben.

Diese Anklage wird von dem der Fraktion der „Wilden" angehörenden Abgeordneten Haye formell bestätigt. Er erklärte, daß man ohne sein Wissen und gegen seinen Willen in seiner Abwesenheit seinen Stimmzettel für die Regierung abgegeben habe. Trotzdem brachte es die Majorität Tardieus fertig, das Protokoll der Abstimmung nachträglich mit 207 gegen 276 Stimmen gutzuheißen. Die Oppositionsparteien denken nicht daran, es bei diesem Stand der Dinge bewenden zu lassen.

Zum Zeichen des Protestes haben die sozialistischen Abgeordneten ihre Aemter als Vorsitzende der Kontrollkommission niedergelegt.

Tolles Banditenstück

Automobilistin überfallen und bis auf die Haut ausgeplündert

Berlin, 3. 7. (Eig. Drahtbericht.) Zwischen Potsdam und Rehbrücke hat sich in der Nacht gegen 12 Uhr ein Ueberfall ereignet, der in der Kriminalgeschichte seinesgleichen suchen dürfte. Die Lenkerin und einzige Insassin eines von Berlin kommenden Kraftwagens wurde, so berichtet das „Berliner Tageblatt" kurz hinter dem Bahnhof Rehbrücke von den Insassen eines entgegenkommenden Autos mit großen Scheinwerfern geblendet und an den Straßenrand gedrückt. Als sie mit ihrem Wagen hielt, entstiegen dem anderen Kraftwagen drei Männer, von denen einer mit dem Revolver die Automobilistin in Schach hielt, während die beiden anderen alles, was ihnen mitnehmenswert schien, aus dem Auto entfernten. Unter anderem wurde der Ueberfallenen eine Handtasche mit 3000 Mark Inhalt geraubt. Die drei gingen dann daran, die Dame zu entkleiden, nahmen ihr sämtliche Kleidungsstücke ab und ließen sie splitternackt im Auto sitzen. Sie fuhren nach vollbrachter Tat mit voller Geschwindigkeit in Richtung Berlin davon. Der Ueberfall wurde entdeckt, als einige Zeit später ein junges Mädchen auf dem Rad die Stelle passierte.

Rücktritt der finnischen Regierung

Helsingfors, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Der Reichstag hat mit 112 gegen 69 Stimmen die Vorlage der Regierung über die Preßgesetze angenommen, die Maßnahmen gegen die kommunistischen Zeitungen vorsehen. Das Kabinett reichte seine Demission ein, um für die weiteren antikommunistischen Maßnahmen eine breitere Basis zu schaffen.

Sieg der chinesischen Nankingtruppen

Nanking, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Wie amtlich gemeldet wird, haben die Regierungstruppen nach einer dreitägigen Schlacht bei Hengtschaufu (Südhunan) einen entscheidenden Sieg über die Kuangsi-Kräfte und die Kommunisten Eisenrippen errungen. Die Gegner haben 15000 Tote und Verwundete verloren, die Regierungsarmee 5000.

Der Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange ist durch Beschluß des Magistrats, pensioniert worden.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Seeschiffwerften. Im Streit bei den Seeschiffswerften sind die Schiedssprüche, die der vom Reichsarbeitsminister gestellte Schlichter gefällt hat, für verbindlich erklärt worden.

Präsident Siles nach Peru. Wie verlautet, hat der ehemalige Präsident Boliviens, Siles, La Paz verlassen. Er begibt sich nach Peru, wo er in der Verbannung leben wird.

13 Bergleute aus gefahrvoller Lage gerettet

Waldenburg, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Infolge Zubruchgehens eines Pfeilers wurden gestern in der Mittagschicht in der neunten Abteilung des Eugen-Schachtes 13 Mann von ihrer Abteilung abgeschnitten. Nach fünfstündiger Rettungsarbeit gelang es, alle 13 Mann zu bergen.

Fokker verhaftet

Neuyork, 2. Juli. (Reutertelegr.) Der bekannte Flugzeugkonstrukteur Fokker, der das Flugzeug „Southern Croß" gebaut hat, wurde auf dem Roosevelt-Flugplatz verhaftet, weil er, ohne ein Pilotenzeugnis zu besitzen, zusammen mit einer Dame in ein fremdes Flugzeug gestiegen war und Kunst- und Sturzflüge ausgeführt hatte. Fokker erklärte seine Handlungsweise mit seiner Begeisterung über den erfolgreichen Flug der „Southern Croß".

500 Stunden in der Luft

Chikago, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Das von den Gebrüdern Hunter gesteuerte Flugzeug „City of Chikago" befand sich heute vormittag 11.40 Uhr amerikanischer Zeit (5.40 Uhr nachmittags MEZ.) 500 Stunden in der Luft.

Riesenbrand in Surabaya

Surabaya, 2. Juli. (Drahtmeldung.) Durch einen gewaltigen Brand, der in den Lagerräumen der Importfirma Aliz-Radio-Holland, der hiesigen Vertretung des Philips Glühlampen- und Radio-Konzerns, ausbrach, wurden ungefähr 1 Million Stück Radio-Lampen vernichtet. Der Schaden wird auf eine Million Goldgulden geschätzt. Er ist durch Versicherung gedeckt.

Leichtathletik-Sportfest in Köln

Bei der internationalen Veranstaltung in Köln wurden folgende Leichtathletik-Ergebnisse erzielt:

1500 Meter-Lauf: 1. Helber-Stuttgart 4,02,4, 2. Hobus-Hannover 4,02,8, 3. Kilb-Düsseldorf 4,05,6.

100 Meter-Lauf: 1. Lammers-Oldenburg 10,7 Sek., 2. Bowen-Amerika 10,8 Sek., 3. **Han-Amerika 10,9 Sek.**

800 Meter-Lauf: 1. Bullvinkle-Amerika 1,52,8, 2. Banz-Charlottenburg 1,54,2, 3. Saam-Köln.

200 Meter-Lauf: 1. Körnig-Charlottenburg 21,5, 2. Gillmeister-Hannover 21,8, 3. Schüller-Düsseldorf 22,2.

Kugelstoßen: 1. Dobermann-Köln 14,22,2, 2. Lignau-Dortmund 14,16, 3. Seraidaris-Dresden 14,15.

Stabhochsprung: 1. Warner 4 Meter, 2. Regener-Dortmund 3,60 Meter, 3. Stechemesser-Münster 3,40 Meter.

400 Meter-Lauf: 1. Bowen 48,7, 2. Möller-Köln 50,4, 3. Weber-Köln 51.

5000 Meter-Lauf: 1. Schaumburg-Oberhausen 15,16, 2. Dickmann-Hannover 15,27,4, 3. Siegers-Düren 15,31

Hochsprung: 1. Busch-Köln 1,78,5, 2. Elsen-Köln 1,76,5, 3. Ueing-Köln 1,70.

Weitsprung: 1. Dobermann-Köln 7,22,5, 2. Han-Amerika 7,21,5, 3. Möller-Düsseldorf 6,95.

Diskuswerfen: 1. Heiberg-Essen 43,54 Meter, 2. Panauschwien 42,37 Meter, 3. Seraidaris-Dresden 42,34 Meter.

4×100 Meterstaffel: 1. Amerika 42,4 Sek., 2. C. C. Charlottenburg 42,6 Sek., 3. Köln: B. S. K. 42,8 Sek.

Zwischenfall in Wimbledon

Cilly Außem ohnmächtig vom Platz getragen.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Meldung.) Die Kölnerin Cilly Außem ist bei ihrem heutigen Kampf gegen die Kalifornierin Elizabeth Ryan in Wimbledon, der bei glühendem Sonnenbrand ausgetragen wurde, zusammengebrochen und mußte vom Platz getragen werden. Miß Ryan wurde zur „Siegerin" infolge Aufgabe der Gegnerin erklärt. Im hartumkämpften dritten Satz stand das Spiel 4:4, als Frl. Außem plötzlich zusammenbrach. Die bewußtlos am Boden liegende Spielerin wurde auf der Bahre vom Platz getragen. Fräulein Außem ist durch diesen Zwischenfall um die Möglichkeit gekommen, mit Helen Wills das Schlußspiel bestreiten zu können.

Hellas in Dänemark siegreich

Einem weiteren Start absolvierten die Magdeburger Hellenen auf ihrer Nordlandreise in Aalborg. Das durch heftigen Wind aufgerauhte Wasser ließ keine schnellen Zeiten zu. Die Deutschen holten sich in 2:03 die 4×50 m Kraulstaffel. Depner gewann das 100 m Rückenschwimmen mit 1:26,2 Min. während Rückevold die 200 m Brust in 3:10,2 Min. mit Beschlag legte. Im Kunstspringen fand Kuhl mit seinen Leistungen den Beifall der Zuschauer.

Konflikt zwischen Rennfahrern und Rennbahnen-Verband

Die Deutschen Berufsfahrer-Meisterschaften gefährdet.

Die Deutsche Rennfahrer-Vereinigung hatte am Montag abend die Presse zu einer Besprechung geladen, an der auch Vertreter des Bundes und des Verbandes Deutscher Radrennbahner teilnahmen. Generalsekretär Steffenhagen erhob im Namen der Rennfahrer schwere Vorwürfe gegen den Bund, der sich nach Ansicht der Rennfahrer über alle Abmachungen, die zwischen beiden Verbänden bestehen, hinwegsetze. Der erste Vorsitzende des VDR., Schwarz, schilderte die Notlage der Bahnen. Die Rennfahrer erklärten, diese Notlage wohl zu kennen, forderten aber endlich eine Klärung ihres Verhältnisses zum Bund. Der Sportausschuß-Vorsitzende des VDR., Eggert, der keine Unterlagen bei der Hand hatte, ging aber nicht auf die Anklage der Rennfahrer ein und bestätigte damit den Vorwurf der Selbstherrlichkeit, den die Rennfahrer gegen den Bund erheben. Eine lange Debatte, wobei man oft vom Thema abkam, entspann sich. Die Aussprache endete schließlich mit dem Ergebnis, daß Eggert sich bereit erklärte, die Deutschen Meisterschaften, die den Hauptstreitpunkt zwischen den Rennfahrern und dem VDR. bilden, nochmals mit dem VDR. und der Rennfahrer-Vereinigung durchzusprechen.

Bereits am Dienstag traten die Vertreter des Bundes Deutscher Radfahrer und des Verbandes Deutscher Radrennbahnen mit der Deutschen Rennfahrer-Vereinigung in Verhandlungen über die Durchführung der Deutschen Meisterschaften am 27. Juli im Deutschen Stadion zu Berlin ein. Zunächst forderten die Rennfahrer vor Behandlung der Meisterschaftsfrage erst noch einige andere Punkte zu verhandeln. Vor allem wurde ein neuer Vertrag gefordert. Der Sportausschuß-Vorsitzende des Bundes, Eggert, lehnte dies ab mit dem Hinweis, daß die Wettfahrbestimmungen im Jahre 1928 auf drei Jahre beschlossen wurden und jetzt nicht geändert werden könnten, da diese auch den Vertrag bilden, kommt der Abschluß eines neuen nicht in Frage. Daraufhin erklärten die Rennfahrer, in keine Verhandlungen über die Meisterschaftsfrage eintreten zu können. Es gab sehr erregte Debatten, die aber zu keinem Resultat führten. Die Drohung der Rennfahrer, ein Startverbot für die Meisterschaften zu erlassen, wird dadurch illusorisch, daß der Bund selbst auf die Durchführung der Meisterschaften verzichten wird. Da die Rennfahrer in ihrer Vorstandssitzung am 7. Juli zu den Verhandlungen noch einmal Stellung nehmen werden, besteht immerhin noch die Hoffnung auf eine Einladung in dieser Frage.

Schmeling Freitag abend schon in Berlin

Der neue deutsche Weltmeister Max Schmeling, der am Freitag in Bremerhaven eintrifft, wird sich sofort mit dem Flugzeug nach Berlin begeben, wo er gegen 19,30 Uhr erwartet wird.

Anton Kocsis liegt in Amerika

Der ungarische Fliegengewichts-Olympiasieger, der inzwischen zum Berufssport übergetreten ist, gab in Amerika jetzt ein erfolgreiches Debut. Er schlug seinen Gegner, den Meister von Connecticut, Georgie Paulini, klar nach Punkten.

Neuer Weltrekord über 100 Meter

Tolan läuft 10,2 Sekunden.

Der bekannte amerikanische Negersprinter Eddie Tolan, der im Vorjahre wiederholt in Deutschland startete, lief bei einem Sportfest in Vancouver (USA.) die fabelhafte Zeit von 10,2 Sekunden über 100 Meter und beansprucht die Anerkennung als Weltrekord. Man muß jedoch vorläufig noch abwarten, unter welchen Umständen diese Leistung erzielt wurde und ob die Amerikaner dem Schwarzen nicht erst wieder Schwierigkeiten machen.

Trabrennen
zu Gelsenkirchen
Sonntag, den 6. Juli
3 Uhr
Westd. Herren-Meisterschafts-Verlosungsrennen
Eintrittspreise: 1 und 3 Mk.

Weingroßhandlung
Probierstuben
Forster's Weinstuben
Zur Bowle:
Weißweine von 70 Pfg. an. Obst- u. Traubensekte. — Krankenweine — Spirituosen
Verlangen Sie gefl. Preisliste
Glaswasser Ausschank
Luitpoldstraße 24

Freibank.
Freitag. v. 8-10 Uhr
Nr. 201—375,
von 10—12 Uhr
Nr. 376-550.
Schlachthofverwaltung.

Trau-Ringe
in größter Auswahl stets vorrätig bei
Bäumer & Cie., Gelsenkirchen.
Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden gut und billig ausgeführt.



Besorgen Sie sich eine Kassette „1000 Worte Deutsch", und lernen Sie mit uns — es ist ein Vergnügen! Für jeden ist die Beherrschung der Muttersprache die wichtigste Waffe im Kampf ums Dasein. Man schätzt es, wenn Sie eine fremde Sprache gut sprechen — man verzeiht es nie, wenn Sie die eigene Muttersprache nicht beherrschen! Setzen wir uns also getrost in Gedanken noch einmal auf die Schulbank, und lernen wir als Erwachsene, in einem höheren Sinne Deutsch! Daß es dabei nicht langweilig wird, verbürgt der Titel unseres Lehrbuches, das ja *„1000 Worte"* heißt.

Aus dem Inhalt der „1000 Worte Deutsch": Warum gutes Deutsch? Grammatisches / Das Sprachgefühl Der Geschäftsstil / Die Mundart / Der böse Genetiv Die reitende Artillerie-Kaserne / Fremdwörter / „Derselbe" / Wippchen / Daß, daß, daß ... / Abwechslung im Ausdruck / Der lange Schachtelsatz Zeichensetzung für Fortgeschrittene / Sprachwidriges-Fehlerhaftes.

„1000 Worte Deutsch"
wie jede „1000 Worte"-Kassette für 5 M zu haben bei
Volksbuchhandlung Gelsenkirchen
Ringstraße 33.

Plakate
in moderner Ausführung liefert billig
Druckerei „Volkswille"

Strümpfe

Seidenflor aus solidem Material, ganz ohne Fehler, zu diesem niedrigen Preis von nur **0.50**

Künstl. Waschseide der Strumpf mit Naht, fester Sohle und Rand, ohne jeden Fehler, nur **0.95**

Künstl. Waschseide ein hochwertig. Strumpf m. farbig Rand f. dies. kleinen Preis von nur **1.35**

Trikotagen

Damenschlüpfer in schönen Pastellfarben, tragfähige Ware . . . . . nur **0.50**

Damenschlüpfer Kunstseide platt., gute Ausführ. u. sich. Haltbarkeit . . . . . nur **1.25**

Damenschlüpfer Charmeuse, in prachtvollen Lichtfarben . . . . . nur **1.65**

Schöne Waren billig gemacht!

Wir haben unseren Willen durchgesetzt und die Preise der Kaufkraft unserer Kundschaft in allen Artikeln angepaßt. Vergleichen Sie unsere Qualitäten und unsere Angebote. Bei uns wird ernst gemacht mit der Forderung der zeitgemäßen Preisgestaltung.

Waschstoffe

Kleider-Musseline aus guter Grundware, hell und dunkel gemustert . Mtr. 0,65 **0.45**

Beiderwand Kunsts., i. viel. schön. Farbstellg. f. d. einfache Sommerkleid, Mtr. 0.85 **0.62**

Voll-Voile das leichte duftige Gewebe für das Sommerkleid . . Mtr. 1.45 **0.95**

Wollmusseline i. neuen mod. Mustern, f. jed. Geschmack d. Richtige, Mtr. 1.25 **1.00**

Seide

Wasch-Kunstseide bedr., f. prakt. Straßen- u. Hauskleid., hell u. dkl. gemust., Mtr. nur **0.58**

Toilestreifen Kunsts., i. apart. Farbstellungen mit Satinstreifen . . . . Mtr. **1.90**

Satin-Riche bedruckt, weichfließend, f. das moderne Glockenkleid . Mtr. **3.75**

Kunstseiden-Voile der Modestoff f. heiße Tage, ca. 100 cm br., i. apart. Must., Mtr. **4.90**

Alsberg Buer

GELSENKIRCHEN-BUER

An die Ortsgruppenvorstände!

Der „Rechte Weg" für Monat Juli ist erschienen und bereits an alle Ortsgruppen versandt worden. Wir bitten die Ortsgruppenvorstände, insbesondere die Kassierer, dafür zu sorgen, daß die Zeitung in den nächsten Tagen den Mitgliedern zugesandt wird. **Der Bezirksvorstand.**

Achtung! Mitglieder des engeren Vorstandes!

Vor der Sitzung des erweiterten Vorstandes kommen alle Mitglieder des engeren Vorstandes am Samstag um 18 Uhr auf Schloß Berge zusammen. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Ortsgruppe Bülse.

Am Sonntag, dem 6. dieses Monats, nachmittags um 5 Uhr im Volkshaus: Wichtige Ortsgruppenversammlung. Vortrag des Genossen Brüntink über: „Krise des Parlamentarismus."

Ortsgruppe Rotthausen.

Am Sonntag, dem 6. dieses Monats, nachmittags 5 Uhr: Parteiversammlung bei Weskamp. Referent: Genosse Junga über die Verabschiedung des Gelsenkirchener Etats.

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Donnerstag, den 3. dieses Monats: Mitgliederversammlung.

Samstag, den 5. dieses Monats: Fahrt zum Dülmersee. Wir fahren 20.59 Uhr ab Gelsenkirchen Hbf. Fahrtkosten 1,50 Reichsmark. Badeanzug ist mitzubringen.

KINDERFREUNDE

Achtung! Helferkreis!

Alle Helfer müssen unbedingt heute (Donnerstag), 20 Uhr, im August-Bebel-Haus zusammenkommen. Wir haben eine sehr wichtige Tagesordnung. Die Horster und Bueraner müssen gleichfalls da sein. Kossin (Bottrop) und Hennig (Holsterhausen) sind heute bei uns.

Ortsgruppe Bismarck.

Am Samstagabend geht unsere Zeltfahrt nach Wulfen. Der Fahrpreis beträgt für Kinder 60 Pfennig. Wir fahren auf Sonntagskarte von Bismarck bis Herwest-Dorsten. Die Gruppe Horst hat sich ebenfalls bereit erklärt, die Zeltfahrt mit uns zu veranstalten. Wir bitten um rege Beteiligung. Das Geld muß bis Freitag um 19 Uhr im August-Bebel-Haus oder in der Nachmittagsveranstaltung abgeliefert sein. Auch die Eltern der Kinder sind herzlich eingeladen. Die Abfahrtszeit wird noch an dieser Stelle bekanntgegeben. Unsere Gruppenveranstaltung ist am Freitag ausnahmsweise schon um 14 Uhr.

ARBEITER-SPORT

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Samstag und Sonntag: Wanderung zum Dülmer-See. Abfahrt am Samstag 17.15 Uhr vom Hauptbahnhof. Radfahrer treffen sich um 16 Uhr am Stern. Abfahrt am Sonntag 5.23 Uhr vom Hauptbahnhof.

Montag, den 7. dieses Monats, 20 Uhr: Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 8. dieses Monats, pünktlich 20 Uhr: **Monatsversammlung** im Gewerkschaftshaus.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Gelsenkirchen, Abteilung Rotthausen.

Sonntag, den 6. dieses Monats, morgens 10 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung im Lokal Beckmann (Vertreter Brand), Schonnebecker Straße.